Zeri i Popullit, Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens, zum III. Parteitag der KPD/ML Seite 9

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 8 vom 25. Februar 1977 11. Jahrgang 50 Pfennig

Trotz maßloser Hetze und Riesenpolizeiaufgebot

Erfolgreiche Demonstration gegen KKW Brokdorf

„Am besten in Itzehoe demonstrieren oder noch besser gar nicht"; das war es, was sich die Herren in Kiel und Bonn für den letzten Samstag wünschten, was sie mit Demagogie, Hetze und dem größten Polizei- und Grenzschutzaufgebot in der Geschichte der Bundesrepublik erzwingen wollten. Aber vergebens.

Vor die Alternative gestellt „Brokdorf oder Itzehoe", „entschlossener Kampf oder prinzipielle Ablehnung jeglicher Gewalt der Massen", waren es 10 000 bis 15 000, die sich — trotz des noch eilends ausgesprochenen Verbots — für Brokdorf entschieden und in Wilster und Umgebung demonstrierten. Daß sich dort in Wilster Tausende versammelten und nicht ein kleines Häuflein isolierter Revolutionäre und Kommunisten, war eine Niederlage für die Bourgeoisie. Zum zweiten taten die Demonstranten der Bourgeoisie nicht den Gefallen, in die Falle zu tapsen, die für den Fall einer Bauplatzbesetzung vorbereitet war, und verhinderten so Massenverhaftungen und eine blutige Niederlage, für die die bürgerliche Presse schon Tage vor der Demonstration Stimmung machte.

Das größte Polizei- und Grenzschutzaufgebot in der Geschichte der Bundesrepublik

Ca. 15 000 Polizisten und Grenzschützer hatte die Bourgeoisie für diesen Tag aus der ganzen Bundesrepublik zusammengezogen. Dazu ca. 1 500 Wasserwerfer, Panzerfahrzeuge, Container usw. Am Freitag bereits gingen Polizisten in Brokdorf und Umgebung mit MP's Patrouille, die nur Fußgänger passieren ließen, die sich als Anwohner ausweisen konnten. **Ab Samstag 4.00 Uhr morgens hatten diese Patrouillen für den Fall einer „bedrohlichen feindlichen Bewegung" den Einsatzbefehl „Feuer frei", wie ein nach Brokdorf eingesetzter Polizist berichtete!**

Nur ein Teil dieser riesigen Bürgerkriegsarmee war für die Demonstranten sichtbar. Ein anderer Teil lag an strategisch wichtigen Punkten der Sperren versteckt in Bereitschaft. So wurde bekannt, daß innerhalb des Sperrgürtels überall Polizisten in voller Kampfausrüstung auf durchbrechende Demonstranten warteten. Bei Dammfleth, an der Sperrlinie, sechs Kilometer von Brokdorf entfernt, auf die sich die Polizei mittags zurückzog, lagen mehrere Hundertschaften in Scheunen versteckt. In Brunsbüttel-Koog waren Polizeieinheiten in Güterwaggons untergebracht. Warum wohl? Doch wohl nur aus einem Grund. Um einen Teil der Demonstranten hinter die scheinbar kaum gesicherten Sperren zu locken, um dann die Falle zuschnappen zu lassen!

Brokdorf zu einer Falle für die Demonstranten werden zu lassen, war der eine Plan der Bourgeoisie. Ihr zweites Ziel war es, ihre zentrale Computerkartei mit noch mehr Angaben über kämpferische, revolutionäre Werktätige aufzufüllen. Tausende von Fahrzeugen wurden an diesem Tag von der Polizei kontrolliert, von zig Werktätigen die Personalien aufgeschrieben. Bei diesen Kontrollen, die nicht nur auf den Zufahrtsstraßen in die Wilstermarsch durchgeführt wurden, sondern auch in Städten wie Westberlin, Würzburg, Hamburg, Bremen usw., wurden zahlreiche Menschen unter dem Vorwand des illegalen Waffenbesitzes verhaftet.

Verräterparolen in Itzehoe

Während die Bourgeoisie so ihre Bürgerkriegstruppen gegen die Demonstranten konzentrierte, die sich in Wilster sammelten, besaßen Kundgebung und Demonstration in Itzehoe ihre volle Sympathie. Die Polizisten, die die herankommenden Fahrzeuge kontrollierten, verteilten eigenhändig Flugblätter, in denen sie zur Teilnahme an der Kundgebung in Itzehoe aufriefen. Hilda Heinemann,

Fortsetzung auf Seite 2

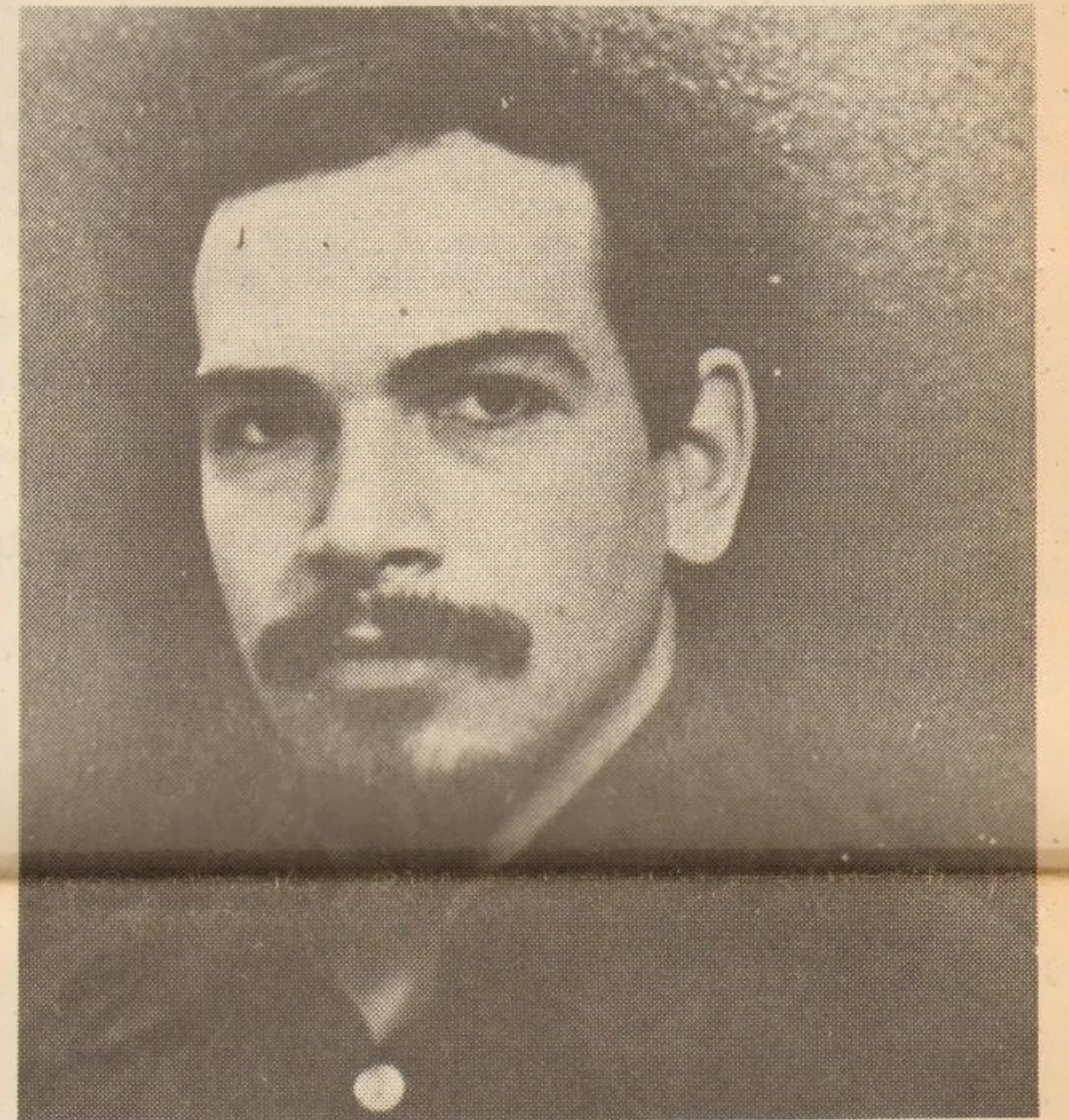


Tausende Kernkraftwerksgegner versammelten sich in Wilster trotz des Demonstrationsverbotes für Brokdorf.

Kommunistischer Arbeiter aus Neumünster in der DDR spurlos verschwunden

Vom Stasi der DDR verschleppt

Samstag, den 12. Februar, früh morgens: Der 22jährige Werkzeugmacher Bernd Hübner aus Neumünster verabschiedet sich von seiner jungen Frau Doris und steigt in den Wagen. Er will einen Besuch in Westberlin machen, vielleicht auch einen Abstecher nach Ostberlin. Spät abends will er wieder da sein. Doch Doris Hübner wartet vergeblich: Seither fehlt von Bernd Hübner jede Spur, jedes Lebenszeichen. Seine Frau und seine Freunde wissen nur: Von einem Besuch in Ostberlin ist Bernd nicht zurückgekehrt...



Bernd Hübner (22), Werkzeugmacher in Neumünster, Kommunist. Seit einer Woche fehlt von ihm jede Spur. Der Staatssicherheitsdienst der DDR hat ihn verschleppt!

Es kann als sicher angenommen werden, daß Bernd Hübner vom Staatssicherheitsdienst („Stasi"), der Gestapo des Honecker-Regimes, in der DDR verhaftet und verschleppt worden ist. Bernd ist in größter Gefahr. Denn er ist Kommunist, kämpft mit seiner Partei, der KPD/ML, nicht nur gegen den westdeutschen Imperialismus, sondern auch gegen das sozialfaschistische Honecker-Regime und die russischen Besatzer im Osten unserer Heimat, bekämpft den Verrat der Ostberliner Machthaber, die die ehemals sozialistische DDR in eine faschistische Diktatur nach der Art Hitlers verwandelten. Dies aber, Kommunist zu sein und für die soziale und nationale Befreiung des deutschen Volkes einzutreten, wird in der DDR als Staatsverbrechen verfolgt, um so wütender, seit auch in der DDR in tiefster Illegalität eine Sektion der KPD/ML den Kampf

Fortsetzung auf Seite 3



Für die sofortige Freilassung Bernd Hübners demonstrierten am Samstag ca. 400 Menschen in Bonn.

AUS DEM INHALT

Bundeswehr = Bürgerkriegsarmee 2
Demonstration für die Freilassung Bernd Hübners 3
ÖTV plant Massenausschlüsse in Westberlin 4
Interview mit zwei Roten Vertrauensleuten 4
Werftkapitalisten wollen 25 000 Kollegen entlassen 5
Bonner Agrarbericht — nichts als Schönfärberei 6
Kindermörder in Uniform 7
Begegnung in der Straßenbahn (Gedicht) 8
Kampf dem Atomvertrag Bonn-Brasilien 10
Neue Komplotte gegen die arabischen Völker 10
Bolivien: Bergarbeiter kämpfen gegen das Banzer-Regime 11

Erfolgreiche Demonstration gegen KKW Brokdorf

Fortsetzung von Seite 1

die Frau des Ex-Bundespräsidenten, sandte ein Telegramm und sogar Springers „Bild am Sonntag" gab mit dem Kommentar „Eine gelungene Demonstration friedlicher Kernkraftwerksgegner" ihren Segen. Diese offene Zusammenarbeit zwischen den Initiatoren dieser Kundgebung und der Bourgeoisie führte dazu, daß viele Menschen, die, eingeschüchtert durch die Drohungen der Bourgeoisie, nach Itzehoe gegangen waren, aber einen ehrlichen Kampf gegen das KKW wollten, sich über diese ekelhafte Schau empörten. Das war auch der Grund dafür, daß die während des ganzen Tages offene Verbindungsstraße zwischen Itzehoe und Wilster während der Demonstration von Polizeiketten gesperrt wurde und die Revisionisten der D„K"P — an ihren Abzeichen deutlich erkennbar — persönlich Ketten bildeten, um zu verhindern, daß Demonstranten sich auf den Weg nach Wilster machten.

Kämpferische Stimmung in Wilster

Die Bourgeoisie hatte nicht nur versucht, durch ihre Hetzpropaganda die Werktätigen abzuhalten, in die Wilstermarsch zu kommen. Sie wollte vor allem die Bevölkerung dieser Gegend gegen die Demonstranten und vor allem gegen die KPD/ML aufhetzen. Der „Rote Morgen" berichtete bereits über den Versuch, mit einem faschistischen Flugblatt, das mit dem Kopf der Parteiflugblätter erschien und systematisch unter den Bauern der Wilstermarsch verbreitet wurde, die Partei zu verleumden. In den letzten Wochen aber, in denen die Partei in den Ortschaften und Dörfern der Wilstermarsch Flugblätter verteilte und mit der Bevölkerung sprach, zeigte sich, daß dies ein Schlag ins Wasser war. Und auch am Samstag spürten die Genossen der Partei, die in Wilster waren oder in anderen Ortschaften der Gegend Agitation und Propaganda machten, die Sympathie der Bevölkerung. Eine Genossin, die dort an Bewohner von Wilster den „Roten Morgen" verkaufte, berichtete, daß einige ihn direkt entschlossen kauften, als wollten sie sagen: Jetzt erst recht.

Am Samstag führte die Partei in Wilster um die Mittagszeit eine Kundgebung durch. Angesichts des Riesenaufgebots von Polizei und Bundesgrenzschutz, angesichts des Belagerungszustandes, in den sie die Wilstermarsch versetzt hatten, sprach der Redner der Partei darüber, daß es für die Werktätigen keine andere Möglichkeit gibt, als ihre berechtigten Forderungen auf revolutionärem Weg durchzusetzen, verurteilte er die pazifistischen Phrasen, die in Itzehoe gedroschen wurden und zeigte, daß es nicht nur verlogen, sondern direkt verbrecherisch ist, wenn den Werktätigen etwa von den Revisionisten der D„K"P ein „friedlicher Weg" zum Sozialismus vorgegaukelt wird. Denn, wenn die Bourgeoisie schon jetzt, wo es nur um ein Kernkraftwerk geht, schon mit Tausenden von schwerbewaffneten Polizisten, mit Bundesgrenzschutz kommt, wenn sie schon jetzt den Schußwaffengebrauch gegen die Massen einplant, was wird sie denn dann tun, wenn die Massen nicht gegen ein Kernkraftwerk kämpfen, sondern darum, der Kapitalistenklasse die Macht im Staat zu entreißen? Deshalb gibt es keinen anderen Weg zum Sozialismus als den der gewaltsamen proletarischen Revolution.

In diesem Kampf ist Mut unerläßlich, sind Opfer unvermeidbar. Aber es ist die Pflicht der kommunistischen Partei, unnötige Opfer zu vermeiden. Und diese Pflicht erfüllte die Partei bei dieser Demonstration. Angesichts der Übermacht der Polizei rief sie die Demonstranten bei dieser und zwei weiteren Kundgebungen auf, nicht ins offene Messer der Polizei zu laufen, auf eine Besetzung des Bauplatzes zu verzichten. Damit erwarb sie sich das Vertrauen vieler Menschen in den Bürgerinitiativen und gab eine Taktik an, der sich schließlich auch die Zirkelführer von GRF und KBW beugen mußten, die zunächst in ihrem kleinbürgerlichen Geltungsbedürfnis die Partei ausgepfiffen und sie als „zurückweichlerisch" beschimpft hatten — nur, um etwas später, unter dem Druck der Tatsachen, genau das zu tun, was die Partei vorgeschlagen hatte. (Der „Rote Morgen" wird auf diese Frage der Taktik des revolutionären Kampfes und ihres Verhältnisses zur Strategie mit einem grundsätzlichen Artikel des Genossen Ernst Aust im nächsten „Roten Morgen" genauer eingehen).

So wurde der letzte Samstag insgesamt zu einem Erfolg für die kämpferischen Gegner der KKW's. Mögen sich die Schreiberlinge der Sensationspresse grämen, daß sie nicht auf ihre Kosten gekommen sind. Mag die Bourgeoisie sich über ihre gescheiterten Pläne ärgern. Für die Werktätigen war dieser Tag ein politischer Erfolg und eine Ermutigung, den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie und ihre verbrecherischen, volksfeindlichen Pläne zu verstärken, nicht nur in Brokdorf, sondern überall in der Bundesrepublik und in Westberlin.

Brokdorf zeigt:
Bundeswehr = Bürgerkriegsarmee

Wie der „Rote Morgen" erfuhr, fanden in der Kaserne des Heeresfliegerbataillons 6 (Walderseekaserne), 10 km vor Itzehoe von Richtung Neumünster aus, folgende Versammlungen und Belehrungen in Zusammenhang mit Brokdorf statt:

1. Seit zwei Wochen führt die Polizei Versammlungen und Lehrgänge zu Brokdorf in der Kaserne durch.

2. Am Montag, 14. 2., hat in der Kaserne eine Informationsversammlung der Polizei für Offiziere des Heeresfliegerbataillons stattgefunden. Hier wurden die Offiziere über das Vorgehen der Demonstranten auf der zweiten Demonstration in Brokdorf informiert. Es wurden Tonbandaufnahmen der Polizei über den Funkverkehr sowie ein Film über diese Demonstration gezeigt. Die Aufnahmen waren vom Bauplatz aus, von Hubschraubern oder von Spitzeln innerhalb der Demonstration gemacht worden.

3. Am Mittwoch, 16. 2., hat eine ähnliche Veranstaltung mit ca. 30 MAD-Offizieren aus dem gesamten Schleswig-Holsteiner Gebiet stattgefunden. Auch hier wurden die Filme gezeigt.

4. Am Donnerstag, 17. 2., hat eine Belehrung aller Soldaten des Heeresfliegerbataillons stattgefunden (staffelweise). Die Soldaten wurden darüber belehrt, daß sie sich an der Demonstration in Brokdorf nicht beteiligen dürfen, wohl aber an der in Itzehoe.

Bei der Belehrung wurde den Soldaten gesagt, wenn sie im Verlauf der Auseinandersetzungen hören würden, es gäbe Tote, sollten sie sich dadurch nicht irritieren lassen. Unter den Linken seien einige, die Märtyrer wollten.

Die Soldaten wurden — allgemein — darüber informiert, daß die Bundeswehr nur mittelbar eingesetzt wird. Was das heißt, ergibt sich aus Beobachtungen und Gesprächen:

Am Samstag und Sonntag (19. und 20. 2.) sind 1/3 der Offiziere und Mannschaften des Bataillons in Bereitschaft. Die Soldaten sollen scharf bewaffnet werden. Sie sollen gefechtsmäßig ausgerüstet sein. Deswegen, weil „mit Terrorangriffen zu rechnen sei". Die Bereitschaft hat die Aufgaben:

a) den Flugplatz zu sichern,
b) BGS- und Polizeihubschrauber zu betanken,
c) Hubschrauber zu warten,
die BGS-Soldaten zu verpflegen.

5. Am Freitagmorgen, 18. 2. 77, wurde von der Polizei am Tor der Kaserne eine Straßensperre errichtet (d. h., an der B 5). Hier wurde jedes Auto kontrolliert. Die Autonummern wurden mit Funk zu einem zentralen Computer durchgegeben, wo innerhalb von 45 Sekunden der Fahrzeughalter ermittelt werden kann. Falls bekannte Funktionäre von „K-Gruppen" durchkommen oder von Bürgerinitiativen, sollten sie festgehalten werden.

6. Am Freitagmorgen wurden zwei Hundertschaften des BGS in die Kaserne eingeflogen. Sie haben die Aufgabe, die Soldaten bei der Wartung der Hubschrauber zu unterstützen und einzugreifen, wenn Demonstranten die Autosperre durchbrechen.

7. Vom Heeresfliegerbataillon sollen folgende Hubschrauber eingesetzt werden:

drei Bell U — H 1 D mit rotem Kreuz versehen zum Transport von Verwundeten.

drei Alouette zur Beobachtung.

Offen gesagt ...
"Stürmer"-Jargon

Im Stil eines Kriegsberichterstatters meldete der WDR-Reporter am Sonnabend aus Itzehoe: „Es sind noch keine Schaufenster eingeschlagen, keine Geschäfte geplündert ..." Das Unglaubliche: Der Mann war geradezu enttäuscht! „Bild am Sonntag" schließlich meldete geradezu resigniert: „Die Chaoten kapitulierten vor der Polizei."

In der Tat: Die von der Bourgeoisie provokativ gesuchte Schlacht fand nicht statt. Und jetzt sind es ausgerechnet diejenigen — allen voran Springers „Bild" —, die so laut vom „Terror der Extremisten", von „drohenden Bürgerkriegsplänen" geschrien hatten, die offensichtlich bedauern, daß es nicht zum Kampf gekommen ist.

Die Gründe? Blut sollte fließen — daran hatte „Bild", hatte die ganze bürgerliche Hetzpresse zuvor keinen Zweifel gelassen. Ihre Aufgabe war es, in der Öffentlichkeit den Boden zu bereiten, den Boden für blutigen, brutalen Terror gegen die militanten AKW-Gegner und insbesondere gegen die Kommunisten unter ihnen. Da wurden in einer breiten Hetzkampagne aus jedem militanten AKW-Gegner ein Kommunist und Kommunisten wurden zu skrupellosen Verbrechern gestempelt, um auf diese Weise jegliches Vorgehen der Bourgeoisie und ihrer Truppen im vorhinein zu rechtfertigen. Ein wirklich dreckiges Geschäft, ganz nach dem Geschmack der Springer und Co. Ein Geschäft im Auftrag der Bourgeoisie.

Am 10. Dezember berichtet „Bild" auf Seite 1 über ein Feuer in Hamburg: „Hamburger Chemiewerk in Flammen". Springer: „Es war Brandstiftung." Wer dahinter steckt? Ist doch klar: „Brokdorf-Kommunisten". Die Flugblatt-Fälschung, die die Bourgeoisie als angebliches „Dokument der KPD/ML" verbreitete, kam da gerade recht, als wäre es aus eigener Werkstatt gewesen. Nachdem andere Zeitungen schon lange Gegendarstellungen haben bringen müssen und auch „Bild" schon länger eine Gegendarstellung der Partei vorlag, hetzte „Bild" unter der Überschrift „Zündet die Traktoren an!" gegen die KPD/ML und zitierte breit aus dem gefälschten „Dokument". Wo es keine Fälschungen gab, log Springer selbst. Da wußte die „Welt" zu berichten, die KPD/ML plane, schwangere Frauen und wehrlose Kinder in Brokdorf in die vorderste Reihe zu stellen — das sei die „streng maoistische Linie der KPD/ML".

Brandstifter, Mörder, Verbrecher — mit diesen Dreckslügen waren es bereits die Hitlerfaschisten, die zu blutigen Verbrechen an Kommunisten und fortschrittlichen Menschen übergingen. Gleiche Familie — gleiche Methoden! „Feuer frei in Brokdorf" — das war die — wenn auch nicht offen ausgesprochene — Forderung der bürgerlichen Hetzpresse:

Die „Mainzer Zeitung" nach dem 13. Oktober: „Es ist eigentlich ein Wunder, daß kein einziger Schuß gefallen ist, die jungen Bereitschaftspolizisten also die Nerven behalten haben."

Die „Aachener Volkszeitung" vom 8. Februar: „Inzwischen weiß die Öffentlichkeit, daß am 19. Februar, also rund in eineinhalb Wochen, in Brokdorf wieder die Puppen tanzen werden. Wenn nicht alles täuscht, wird dann die Polizei (und wahrscheinlich auch der Bundesgrenzschutz) mit der Chemischen Keule allein nicht mehr auskommen. Uns steht Bürgerkrieg ins Haus!"

Die „Frankfurter Rundschau" vom 15. Februar: „Die von der schleswig-holsteinischen Regierung für die Demonstration gegen den Bau des Kernkraftwerks Brokdorf am kommenden Samstag angeförderten Einheiten des Bundesgrenzschutzes werden ohne schwere Waffen — wie beispielsweise Maschinengewehre und schwere Mörser — dorthin entsandt werden."

Sie kamen stattdessen mit Maschinenpistolen und Panzerwagen. Und es wurde tatsächlich Schußwaffengebrauch angeordnet. All das zielte lediglich auf eines ab: In der Öffentlichkeit Stimmung gegen die Kämpfer in Brokdorf zu machen, die Polizei scharf zu machen und die Demonstranten zu provozieren. Wieweit die Hetzpresse dabei ging, zeigt die „Heilbronner Stimme", die log: „In KPD/ML-Kreisen" würde gefordert, „den Bauplatz trotz Schießbefehls einzunehmen".

Doch die Provokation mißlang. Es kam nicht zu der von der Bourgeoisie gewünschten Schlacht mit ihrer militärischen Übermacht. Die Enttäuschung verhehlt man im Lager der Hetzpresse nicht, wenngleich sie es nun natürlich dem „disziplinierten Verhalten der Polizei" zuschreibt, daß es keine blutige Schlacht, keine Toten gegeben habe. Springer kennt da keine Skrupel.

In „Bild am Sonntag" scheut Chefkommentator Boenisch sich nicht zu behaupten: Es wären nun die Demonstranten, die darum trauerten, daß es keine Toten in ihren eigenen Reihen gegeben habe. Boenisch: „Sie sind fanatisch und zynisch genug, sich Opfer aus den eigenen Reihen, Märtyrer zu wünschen." — Das schreibt eben einer derjenigen, die Woche um Woche und schließlich fast Tag um Tag zu brutalem Terror gegen die Demonstranten in Brokdorf aufgerufen haben! Mit seiner üblen Phantasie malt Boenisch aus: „Am liebsten ein Mädchen, Schneewittchen in Jeans. Unschuldig und wehrlos. Auf den Schultern der Genossen. Noch warm und gerade erschossen. Rot und tot. Und telegen. Die Jungfrau von Brokdorf. Heilige Johanna 77. Ach, wäre das schön gewesen." Ein Journalist? Ein Dreckskerl! Nach solch einem Lumpen hätte selbst Hitlers Faschistenblatt „Der Stürmer" die Hände gerungen. Raffinierte faschistische Volksverhetzung — das ist Springer, wie er leibt und lebt.

Eines sei dieser Hetzpresse gesagt: Eure Macht wird nicht ewig dauern, eure widerwärtige Hetze selbst wird dazu beitragen, daß das Proletariat euch, wie die ganze Bourgeoisie, niederschlägt. Und im Sozialismus wird es ein Ende haben mit eurer Hetzpresse. Ihr werdet nicht nur kein Papier, keine Setzmaschinen, keine Rotationen mehr haben, weil die euch weggenommen werden, sondern es wird dann auch abgerechnet werden: Zeile um Zeile! Aber glaubt auch nicht, daß wir bis zur Revolution warten werden, um euren Angriffen, eurer Hetze, eurer faschistischen Volksverhetzung die entsprechenden Antworten zu erteilen!

Kurz berichtet

HAMBURG

Einige Tage vor der Demonstration in Brokdorf wollte die Ortsgruppe Hamburg unserer Partei in der Schule am Mümmelmannsberg eine Veranstaltung über den Kampf gegen die Atomkraftwerke abhalten. Die Zusage der Schulbehörde war bereits gegeben. Am Tag der Veranstaltung jedoch wurde im Hamburger Parteibüro ein Schreiben der Schulbehörde abgegeben, in dem die Zusage zurückgezogen wurde. Die amtliche Begründung für das Verbot der Veranstaltung in den Räumen der Schule: Die KPD/ML rufe zur Revolution auf. Eine Veranstaltung unserer Partei in der Schule sei deshalb unmöglich. Am selben Tag erschienen im „Hamburger Abendblatt" und in Springers „Bild" Meldungen, in denen das Verbot der Veranstaltung bekanntgegeben wurde. Natürlich gingen die Genossen abends zur Schule, um Freunde und Genossen von dem neuen Ort der Veranstaltung in Kenntnis zu setzen. Als sie dort ankamen, waren vor dem Eingang der Schule zwanzig Polizisten aufmarschiert, zwei davon in Uniform, die anderen Zivilspitzel. Sie hatten den Eingang abgeriegelt, verlangten von jedem, der in die Schule hineinwollte, den Personalausweis, kontrollierten die Taschen und nahmen die Personalien auf.



KIEL

Im Januar erschien in Kiel die erste Ausgabe der Betriebszeitung der KPD/ML für Anschütz, „Roter Kompaß". Die Genossen unserer Partei führen an diesem Betrieb schon seit über einem Jahr den Kampf gegen die von den Kapitalisten betriebenen Massenentlassungen. Dieser Kampf war die Grundlage dafür, daß es den Genossen jetzt gelungen ist, eine regelmäßige Betriebszeitung herauszubringen. Die Zeitung enthält außerdem einen Artikel über die sozialistische Demokratie in Albanien. Wie die Genossen berichten, ist der „Rote Kompaß" gut bei den Kollegen angekommen.



ODENWALD

Vor einiger Zeit wurde im Odenwald eine neue Betriebszeitung, „Aufbruch", für die Arbeiter von Veith-Pirelli herausgegeben. Inzwischen erschien bereits die zweite Nummer dieser Zeitung. Die zweite Nummer berichtet über Streikaktionen im Betrieb und ruft zum gemeinsamen Kampf der Arbeiter gegen die Kapitalisten und den mit ihnen zusammenarbeitenden DGB-Apparat auf. In der ersten Nummer hatten die Genossen der ROTEN GARDE, die diese Zeitung herausgeben, das Programm der Partei vorgestellt und erläutert.

Einem Teil dieser Ausgabe liegt eine Beilage bei.



HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Bäthies, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH. 46 Dortmund. Erscheinungsweise: wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o.a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Kommunistischer Arbeiter aus Neumünster in der DDR spurlos verschwunden

Vom Stasi der DDR verschleppt!

Fortsetzung von Seite 1

aufgenommen hat für den Sturz des Honecker-Regimes, die Vertreibung der russischen Besatzer, für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.

Bernd Hübners Ehefrau Doris, 20 Jahre alt, Schwesternschülerin in Neumünster, ist ratlos. *„Was soll ich jetzt noch tun?"* Sie hat alles versucht, um etwas über den Verbleib ihres Mannes zu erfahren. Vergeblich. Sie hat dabei jedoch nicht nur die Brutalität und Menschenverachtung des Honecker-Regimes kennengelernt, sondern auch die Überheblichkeit und Ignoranz der westdeutschen Behörden zu spüren bekommen.



Bernd Hübners Ehefrau Doris. Von den Bonner Behörden hört sie nur Vertröstungen und zynische Kommentare.

Faschistische Willkür in der DDR

Die DDR-Behörden, die Bernd Hübner verschleppt haben und seit einer Woche festhalten, verweigern jede Auskunft. Aber nach den Erlebnissen zahlreicher Werktätiger aus Westdeutschland, die man in der DDR unter irgendeinem Vorwand, einem geringfügigen Verkehrsdelikt etwa, festnahm, kann man sich vorstellen, was den Kommunisten Bernd Hübner in der DDR erwartet. Willkürliche Verhaftung, Verschleppung ins Stasi-Gefängnis „Rote Mühle". Tage- und nächtelang Verhöre. Drohungen, Erpressungen, Mißhandlungen. Totale Isolation, ohne Bücher, ohne Nachricht oder Kontakt zur Außenwelt, Einzelhaft. In der Nacht stündlich durch grelles Licht in der Zelle aus dem Schlaf gerissen. Ohne Anwalt, ohne Nachricht an die Angehörigen, in völliger Ungewißheit über die Zukunft. Bis die Familie oder westdeutsche Stellen etwas mitgeteilt bekommen, können Wochen, ja Monate vergehen. Darüber entscheidet die Willkür des Stasi.

So ist man im Osten schon mit Menschen verfahren, die lediglich das „Verbrechen begangen haben, ihr Besuchervisum von 24 Stunden zu überschreiten. Um wieviel mehr wird man Genossen Bernd Hübner mißhandeln und schikanieren, der den revisionistischen Bonzen drüben als revolutionärer Kommunist bekannt ist und von ihnen bis aufs Messer gehaßt wird, weil er für einen wirklichen Sozialismus, wie er in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien herrscht, eintritt.

Und was tut Bonn?

Doris Hübner läuft von Behörde zu Behörde. Westberliner Polizei, Ständige Vertretung der Bundesrepublik in der DDR, Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen. Die Antwort ist stets die gleiche. Achselzucken, Vertröstungen, zynische Kommentare. *„Ach, Ihr Mann wird einen getrunken haben oder ist bei Bekannten versackt."* — Solche Sprüche muß sich die Ehefrau des Verschleppten, außer sich vor Sorge, anhören. Unternehmen tut niemand etwas. *„In 98% der Fälle tauchen die Leute schon irgendwann wieder auf"* — das ist das einzige, womit die Ständige Vertretung Bonns in Ostberlin Doris Hübner „hilft".

Aber während Doris Hübner bereits den vierten Tag ohne jede Spur von ihrem Mann bleibt, läßt sich ein Herr Gaus, Leiter dieser Ständigen Vertretung, im westdeutschen Fernsehen feiern. „Immer im Dienst zum Wohle der Bundesbürger in der DDR" usw. Einen Dreck tut er! Ja, wenn es um die Belange der westdeutschen Konzerne ginge, wäre das etwas anderes. Da läuft sich Herr Gaus persönlich die Hacken ab, um den Thyssen, Krupp, Mannesmann die Auftragsbücher mit lukrativen, steuerbegünstigten Ost-Aufträgen zu füllen.

Oder wenn es sich um irgendwelche West-Agenten, Fluchthelfer oder solche Hofnarren der SED-Bonzen, wie Havemann oder Biermann, handelte, denen man Fernsehauftritte, Presseinterviews, Stipendien an westdeutschen Universitäten, Geldspenden und Posten gleich bündelweise in den Hintern stopft. Da überschlägt man sich vor Sorge, und die Solidarität reicht vom Bundeskanzler persönlich über die Gewerkschaftsbosse bis hin zur CDU/CSU und Springer-Presse.

Aber bei einem einfachen Arbeiter? Noch dazu einem Kommunisten? Bernd Hübner ist Werkzeugmacher bei AEG in Neumünster. Um ihn sorgen sich ja „nur" seine Kollegen, die ihn seit fünf Jahren als guten, zuverlässigen und kämpferischen Kollegen kennen, und seine Frau, seine Familie und seine Genossen. Für einen Arbeiter jedoch rührt die Bourgeoisie nicht den kleinen Finger.

Seit Jahren wird ein gewaltiger Rummel um die sogenannte „neue Ostpolitik" gemacht, von „menschlichen Erleichterungen", „Fortschritten", vom „Schutz der Bürger" gefaselt. Für die Arbeiter, die werktätigen Menschen, weder hier noch drüben, ist auch nur das Geringste dabei herausgekommen. Das jahrelange Scheingefecht, daß sich Regierung und Opposition im Bundestag darüber liefern, ist nichts als Wortgeklingel.

Bernd Hübner muß freigekämpft werden!

Was jetzt helfen kann, um Bernd Hübner evtl. vor jahrelanger Haft in den Zuchthäusern des Stasi zu bewahren, ist nur massenhafter massiver Protest, Druck auf die sozialfaschistischen Ostberliner Machthaber und ihre russischen Oberherren, sowie auf die westdeutschen Behörden. Bernd Hübner muß freigekämpft werden! Wie lange sollen wir hinnehmen, daß die Ostberliner Machthaber ungestraft Deutsche an der Mauer ermorden, unschuldige Bürger verhaften, verschleppen, mißhandeln? Wie lange noch mitansehen, wie sich die Bonner Regierung einen Dreck um das Leben dieser Menschen kümmert, um ja ungestört mit den DDR-Bonzen und den russischen Sozialimperialisten ihre Geschäfte machen zu können? 166 Menschen sind es, die im Kugelhagel der DDR-Grenzer in den Minenfeldern und Stacheldrahtverhauen der Mauer verblutet sind, ungezählt diejenigen, die Monate, Jahre in den Zuchthäusern von Bautzen oder Ostberlin festgehalten wurden oder spurlos verschwanden. Wieviele sollen es noch werden?

Die Verantwortlichen für die Morde an der Mauer, für die Verschleppungen und Verhaftungen von Bundesbürgern, die Unterdrücker und Ausbeuter unserer ostdeutschen Klassenbrüder haben in Bonn eine „Vertretung", in der der Stasi-Offizier und bekannte Spitzel Michael Kohl residiert.

Und es gibt die D„K"P, die mit 30 Millionen DM jährlich von Honecker subventionierte Verräterpartei, die die sozialfaschistische DDR als „Arbeiter- und Bauernparadies" preist, die im Auftrag Ostberlins Namenslisten von Revolutionären und Kommunisten anfertigt, Spitzel-Fotos macht, und den DDR-Grenzern und dem Stasi so das Material liefert, mit dessen Hilfe auch Bernd Hübner verhaftet wurde. Sie haben in jeder größeren Stadt ein Büro...

Es gibt Möglichkeiten, ihnen klarzumachen, daß nicht jeder Mord und jeder Menschenraub schweigend und tatenlos hingenommen wird.

Sofortige Freilassung von Bernd Hübner aus der DDR!

Protestiert bei der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn
Kölnerstr. 18, 53 Bonn/Bad Godesberg, Tel.: 0 22 21 / 37 90 51.

Fordert sofortige Maßnahmen der Bonner Behörden beim:
Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Kölnerstr. 140, Bonn/Bad Godesberg, Tel.: 0 22 21 / 30 61

Bonn/Bad Godesberg

Demonstration für die Freilassung Bernd Hübners

Unsere Partei hat die Verschleppung des Genossen Bernd Hübner durch das sozialfaschistische Honeckerregime in der DDR nicht kampflos hingenommen. Seit dem 18. Februar wird überall in der Bundesrepublik, an den Betrieben, in den Wohnvierteln der Werktätigen, an Schulen und Universitäten das zentrale Flugblatt der KPD/ML verteilt, dessen Text wir nebenstehend abdrucken. Parolen und Plakate mit dem Porträt Bernd Hübners enthüllten das Verbrechen des Staatssicherheitsdienstes der DDR.

Die westdeutschen Behörden, die bis jetzt keinen Finger gerührt haben, um wenigstens auch nur etwas über das Schicksal Bernd Hübners zu erfahren, versuchen außerdem, den Kampf der Partei für die Freilassung Bernds zu behindern und zu unterdrücken. Weil er angeblich Plakate geklebt haben soll, wurde am 19. Februar abends ein Genosse in München von der Polizei festgenommen. Als bei ihm keine Plakate gefunden wurden, ordnete die Polizei mit der Begründung, es sei „Gefahr im Verzuge", eine Hausdurchsuchung in seiner Wohnung an. Sie beschlagnahmte bei dieser Gelegenheit ein Exemplar des zentralen Flugblattes.

Demonstration in Bad Godesberg

Für Samstag, den 19. Februar, hatte der Landesverband Nordrhein-Westfalen zu einer Demonstration in Bad Godesberg aufgerufen, wo sich auch die Ständige Vertretung der DDR in der Bundesrepublik befindet. Ungefähr 400 Freunde und Genossen waren dem Aufruf der Partei gefolgt. Sie sahen schon bei der Anfahrt nach Bad Godesberg in der Nähe von Troisdorf direkt an der Autobahn auf einer Fabrikmauer eine riesige, circa 50 Meter große Parole, in der die Freilassung Bernd Hübners aus der DDR gefordert wird. Auch entlang der Demonstrationsroute in Bad Godesberg waren überall Plakate geklebt und Parolen gemalt worden.

Die Demonstration begann mit einer Kundgebung in der Einkaufszone von Bad Godesberg. **Auf dieser Kundgebung sprach auch Doris Hübner, Bernds Ehefrau.** Anschließend marschierte sie in der ersten Reihe der Demonstration zur Ständigen Vertretung der DDR.

Die Residenz Michael Kohls, des bekannten Stasi-Offiziers und Spitzels, war hermetisch abgeriegelt. Heruntergelassene Jalousien an den Fenstern, Eisengitter vor dem Eingang. Keiner der Bonzen aus Ostberlin wagte es, sich zu zeigen. Die westdeutschen Imperialisten hatten ihre ostdeutschen sozialfaschistischen Kumpane noch zusätzlich abgeschirmt. Berittene Polizisten umkreisten das Gebäude, die Zufahrtsstraßen waren durch Polizeiketten abgeriegelt und vor dem Eingang der Ständigen Vertretung der Sozialfaschisten hielt eine Postenkette der Polizei Wache. Sogar Hunde waren angefahren worden.

„Kohl, Spitzel und Stasi-Offizier — wir zahlen's dir heim, das versprechen wir dir", schallte es den Ostberliner Bonzen, die sich hinter den Jalousien versteckt hatten, von der Kundgebung, die vor der Ständigen Vertretung abgehalten wurde, entgegen. Auch auf dieser Kundgebung sprach die Genossin Doris Hübner. Die Genossin sagte in ihrer Rede unter anderem, daß der einzige Grund für die Verhaftung ihres Mannes sein Eintreten für die Ziele der KPD/ML sei. ***„Wir sind nicht so dumm, zu glauben, daß wir meinen Mann durch Bitten und Betteln wiederbekommen — weder hier noch in der DDR. Wenn wir auf die Behörden vertrauen, dann werden sie mich noch lange in Ungewißheit halten. Für uns gibt es nur einen Weg: Wir müssen für die Freilassung unseres Genossen Bernd kämpfen! Jeder muß erfahren, daß mein Mann von den Sozialfaschisten der DDR eingesperrt, mißhandelt und vielleicht zu einer langen Gefängnisstrafe verurteilt wird. Jeder muß erfahren, daß von den westdeutschen Behörden nichts getan wird, um wenigstens zu erfahren, was mit meinem Mann geschehen ist."*** Viele der Werktätigen in Bad Godesberg, die die Demonstration der Partei gesehen haben, waren über die Verschleppung Bernds durch den DDR-Staatssicherheitsdienst empört.



Vor der mit Polizeikräften geschützten Ständigen Vertretung der DDR hielten die Demonstranten eine Kundgebung ab. Wie man sieht, sind sich die Bourgeoisie im Westen und im Osten über alle Widersprüche hinweg in einem einig: in ihrem Kampf gegen die wahren Marxisten-Leninisten und Revolutionäre, gegen die KPD/ML.

Unsere Partei wird alles tun, um noch mehr Menschen über die Verschleppung Bernds zu informieren. Der Kampf für seine Freilassung wird fortgesetzt.

Sofortige Freilassung Bernd Hübners aus der DDR!

Spendet
zur Unterstützung des Aufbaus der
KPD/ML, SEKTION DDR
Spendenkonto: Vorstand der KPD/ML
Stadtsparkasse Dortmund
Kto. Nr.: 321 004-547 und
KPD/ML-Spendenkonto
PschKto. 6 420-467, PschA Dtm.
Stichwort: KPD/ML Sektion DDR

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Westberlin: ÖTV-Gewerkschaftsapparat plant Massenausschlüsse

Spaltungsversuche der Bonzen und Revisionisten zurückgeschlagen

In Westberlin startete der ÖTV-Gewerkschaftsapparat vor nunmehr über einem Jahr den Versuch, die hier bestehenden gewerkschaftlichen Betriebsgruppen zu liquidieren. Damit wollen die Bonzen gewisse demokratische Rechte in der ÖTV Westberlins vollends ausmerzen und zwar nicht zuletzt, um den Widerstand der Mitglieder gegen eine geplante große Säuberungswelle in der ÖTV auszuschalten. Wie es heißt, soll in internen Sitzungen der ÖTV-Bonzen von Plänen die Rede sein, daß ca. 1.000 Kollegen aus der ÖTV-Gewerkschaft ausgeschlossen werden sollen. Die Angriffe des Gewerkschaftsapparates gegen revolutionäre und klassenbewußte Kollegen müssen auch im Zusammenhang damit gesehen werden, daß der Staat weitere brutale Rationalisierungsmaßnahmen im Öffentlichen Dienst plant. Z. B. in den Westberliner Krankenhäusern sollen Hunderte von Betten „eingespart“, Personal weiter abgebaut werden. Auch zur Schwächung des Widerstands gegen diese Pläne des Staatsapparates soll die „Befriedung“ in der Westberliner ÖTV-Gewerkschaft einen Beitrag leisten.

Um sein Ziel zu erreichen, ließ der ÖTV-Apparat „Vertrauensleuterichtlinien“ ergehen, die bestimmen, daß die gewerkschaftlichen Betriebsgruppen durch Vertrauensleutekörper zu ersetzen sind. Die Konsequenz wäre: Die Mitglieder hätten überhaupt nichts mehr zu melden, sie hätten auf Sitzungen des Vertrauensleutekörpers weder Stimmrecht noch Rederecht. Sie hätten nur noch das „Recht“, Mitgliedsbeiträge zu zahlen und alle paar Jahre wieder einen Vertrauensleutekörper zu wählen, der sie im Dienst der Bonzen verrät und verschaukelt (revolutionäre und fortschrittliche Kollegen fallen ja unter den Unvereinbarkeitsbeschluß).

Die ÖTV-Führung hat bei ihren Angriffen auf die Mitgliedschaft die aktive Unterstützung der SEW-Revisionisten, die z. B. am Klinikum Steglitz schon vor einem Jahr für den Ausschluß von zwei Genossen des KBW und einer Genossin der GRF sorgten.

Die Betriebszelle unserer Partei am Klinikum Steglitz hat den Kampf gegen die reaktionären Machenschaften des ÖTV-Apparats vorangetrieben. Dabei arbeitet sie darauf hin, möglichst viele ÖTV-Mitglieder, aber auch unorganisierte Kollegen, im Kampf gegen den Gewerkschaftsapparat zusammenzuschließen, mit der Perspektive, die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition aufzubauen. Ein vorläufiger Höhepunkt dieses Kampfes hat sich Ende letzten Jahres ergeben, als der Gewerkschaftsapparat am Klinikum Steglitz gegen acht Vertrauensleute Ausschlußverfahren einleitete. Kollegen erzwangen daraufhin eine Mitgliederversammlung, an der über 100 Kollegen teilnahmen. Auf dieser Versammlung konnte die Einheit gegen den ÖTV-Gewerkschaftsapparat und gegen die SEW-Revisionisten verstärkt und verbreitert werden. Die Spaltungsversuche der Bonzen und Revisionisten wurden zurückgeschlagen, es wurde diesen Herren eine deutliche Niederlage versetzt.

Unsere Genossen nutzen alle Möglichkeiten aus, die es erlauben, in diesem Kampf Erfolge zu erzielen. So wurden zwei Genossen von ihren Kollegen als revolutionäre Vertrauensleute gewählt. Diese zwei Genossen gehören zu jenen acht Vertrauensleuten, gegen die ein Ausschlußverfahren eingeleitet wurde. Der „Rote Morgen“ hat ein Interview mit diesen beiden Genossen gemacht, um ein genaueres Bild über den Kampf am Klinikum Steglitz zu vermitteln.

Interview mit zwei Roten Vertrauensleuten

RM: Genossen, wie seid ihr als Rote Vertrauensleute gewählt worden?

Bei vielen Kollegen, die uns gewählt haben, waren wir als Kommunisten bekannt. Wir hatten schon vorher klar gesagt, daß wir gegen die Vertrauensleute-Richtlinien kämpfen werden. Wir verkauften auch schon an einzelne Kollegen den „Roten Morgen“. Bei der Verwaltung waren wir damals noch nicht bekannt.

RM: Wie habt ihr danach den Kontakt zu den Kollegen gehalten?

Soweit uns das möglich war, führten wir alle vier Wochen Bereichsversammlungen durch. Wegen der Schichtarbeit war das sehr schwierig. Immer waren einige Kollegen gar nicht oder nur sehr schwer zu erreichen. Wir versuchten, zu den Bereichsversammlungen soweit wie möglich auch die gewerkschaftlich nicht organisierten Kollegen zu mobilisieren. Neben den Bereichsversammlungen haben wir auch Einzelgespräche mit den Kollegen geführt, z. B. auch, wenn es nicht möglich war, eine Versammlung zu organisieren.

RM: Wie kam es zu den Gewerkschaftsausschlußverfahren gegen euch und die anderen sechs Vertrauensleute?

Gemeinsam mit den anderen fortschrittlichen Vertrauensleuten haben wir gegen den Betriebsgruppen- bzw. Vertrauensleutevorstand gekämpft, der fast ganz aus Revisionisten zusammengesetzt ist. Wir haben seine arbeiterfeindlichen Machenschaften vor den Kollegen entlarvt und waren ihm deshalb schon lange ein Dorn im Auge. Er wartete nur auf eine Gelegenheit, um uns bei den ÖTV-Bonzen denunzieren zu können. Auf einer Mitgliederversammlung glaubten die Revisionisten dann, daß die Gelegenheit für sie da sei, denn auf ihre Bitte hin waren zwei Bonzen vom Bezirksvorstand erschienen. Zu der Versammlung waren ca. 90 Kollegen gekommen (das Haus hat ungefähr 3.600 Beschäftigte, davon sind 600 bis 700 in der ÖTV organisiert). Auf dieser Versammlung, die durch eine Unterschriftensammlung erzwungen worden war, sollte darüber diskutiert werden, daß der Vertrauensleutevorstand, gestützt auf die Vertrauensleute-Richtlinien und die sonstigen reaktionären Vorschriften des DGB-Apparates, den Gewerkschaftsmitgliedern das Rederecht auf den Vertrauensleutekörper- und Vorstandssitzungen nehmen und den nichtorganisierten Kollegen die Teilnahme an allen Versammlungen verbieten wollte.



Demonstration der Partei am 1. Mai 1976 in Westberlin.

Die Bonzen und Revisionisten wollten nun einen aus der ÖTV ausgeschlossenen Kollegen aus dem Saal verweisen. Es kam zu einer Abstimmung, bei der sich die Mehrheit der anwesenden Kollegen für den Verbleib des Kollegen aussprach (und damit dafür, daß Mitgliederversammlungen weiterhin öffentlich bleiben sollen). Daraufhin erklärten die ÖTV-Bonzen die Versammlung für geschlossen. Allerdings hatten bereits vorher wir und auch andere Kollegen Redebeiträge gehalten, mit denen wir uns gegen die Vertrauensleute-Richtlinien wandten und auch den DGB-Apparat und die SEW angriffen. 57 Kollegen setzten nun die Versammlung, obwohl die Bonzen sie für beendet erklärt hatten, fort. Nach einer Diskussion sprachen sich diese Kollegen für die uneingeschränkte Öffentlichkeit der Versammlungen aus und dafür, daß die Mitgliederversammlung das oberste Organ der ÖTV am Betrieb bleibt.

Die Vertrauensleute, die auf dieser Versammlung geblieben waren, unterzeichneten ein Protokoll dieser Versammlung und verteilten es unter ihren Kollegen. Acht dieser Vertrauensleute wurden dann von den Bonzen zu einem „Gespräch“ vorgeladen.

RM: Wie seid ihr gegen die Ausschlußverfahren vorgegangen?

Wir haben uns mit den anderen vom Ausschluß bedrohten Kollegen zusammengesetzt und genau überlegt, wie wir vorgehen müssen. So konnten wir bei dem „Gespräch“, das in Wirklichkeit natürlich ein Verhör war, einheitlich auftreten. Wir waren auch darauf eingestellt, daß sie uns zu spalten versuchen würden und tatsächlich versuchten sie, zwischen uns Kommunisten und die anderen fortschrittlichen Kollegen einen Keil zu treiben. Aber das ist ihnen nicht gelungen. Wir alle haben vor diesen Bonzen keine inhaltliche oder politische Stellungnahme abgegeben. Das taten wir nur vor den Kollegen in der Vertrauensleuteversammlung und in der Mitgliederversammlung. So hatten die Bonzen nicht die Möglichkeit, die Ausschlußverfahren heimlich abzuziehen und uns dabei von den Kollegen zu isolieren.

Wir haben mit zahlreichen Extrablättern der Betriebszeitung der Partei, „Das Rote Rezept“, den reaktionären ÖTV-Apparat entlarvt, haben aufgezeigt, daß wir Arbeiter und kleinen Angestellten den Kampf für unsere Forderungen, den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung nur ohne und gegen den DGB-Apparat erfolgreich führen können, und wir haben erklärt, daß es notwendig ist, die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition aufzubauen.

Als die Bonzen uns dann zu einem zweiten Verhör vorluden, haben wir



Durch viele Extrablätter der Betriebszeitung „Das Rote Rezept“ unterstützte die Partei den Kampf gegen den ÖTV-Apparat

acht Vertrauensleute Bereichsversammlungen durchgeführt, auf denen die Kollegen uns aufforderten, nicht hinzugehen. Den Bonzen wurde das schriftlich mitgeteilt.

Kurz danach wurde durch eine Unterschriftensammlung eine weitere Mitgliederversammlung durchgesetzt zu den Ausschlußverfahren gegen uns. Zu dieser Versammlung erschien auch der Bezirkssekretär Steputtis. Auf der Versammlung wandte sich die Mehrheit der ca. 100 erschienenen Kollegen entschieden gegen die Ausschlußverfahren und die Unterdrükkungsmethoden des ÖTV-Apparates. Das war wieder eine Schlappe für die Bonzen und Verräter.

RM: Könnt ihr noch einiges zum Verhalten der Revisionisten von der SEW sagen?

Der von der SEW und „radikal“ auftretenden Sozialdemokraten beherrschte Vertrauensleutevorstand hat überhaupt die Ausschlußverfahren beantragt. Im Einvernehmen mit der revisionistischen Personalratsfraktion rannte er zur ÖTV-Bezirksleitung, um uns zu denunzieren. Später, als sich zeigte, daß die große Mehrheit der aktiveren Kollegen geschlossen gegen die geplanten Ausschlüsse Front machte, versuchte einer der revisionistischen Häuptlinge uns dadurch zu spalten, daß er Einzelverhöre für die Betroffenen forderte. Es wird sogar behauptet, der Vertrauensleutevorstand habe der Bezirksleitung mit dem Austritt aus der Gewerkschaft gedroht, falls wir nicht ausgeschlossen würden.

RM: Wie verhielten sich die GRF und der KBW?

Die GRF-Genossen haben mit uns zusammen gekämpft. Aber wir hatten Mühe, sie davon abzuhalten, als Einzelkämpfer zu den ÖTV-Bonzen zu marschieren und sich isoliert mit ihnen herumzuschlagen. Die anderen fortschrittlichen Kollegen unterstützten uns dabei. Die Ursache der falschen Vorstellungen dieser GRF-Genossen liegt in der opportunistischen, versöhnlerischen Linie der GRF gegenüber dem reaktionären Gewerkschaftsapparat, in den Illusionen über seinen durch und durch arbeiterfeindlichen Charakter, die die GRF-Führung systematisch verbreitet.

Zum KBW muß gesagt werden, daß er die arbeiterfeindlichen Vertrauensleute-Richtlinien unterstützt und die Liquidierung der Mitgliedervollversammlungen als entscheidendes gewerkschaftliches Organ im Betrieb. Praktisch unterstützt er, wie die SEW-Revisionisten, den imperialistischen Gewerkschaftsapparat. Er hat den Kampf gegen die Ausschlußverfahren praktisch nicht geführt. Im Gegenteil: Er fiel uns in den Rücken, indem er in dieser Situation einen seiner Sympathisanten als Gegenkandidaten gegen einen vom Ausschluß bedrohten Roten Vertrauensmann aufzustellen und dessen Abwahl herbeizuführen versuchte. Das bedeutet: Der KBW benutzte diese situation als Sprungbrett für die Eroberung von Pöstchen im Gewerkschaftsapparat. Ein anderer KBW-Sympathisant zog seine Unterschrift unter das Protokoll der Mitgliederversammlung zurück und entschuldigte sich bei den Bonzen, als er erfuhr, daß auch er vom Ausschluß bedroht sei. Daraufhin wurde denn auch das Verfahren gegen ihn eingestellt. Inzwischen haben die KBW-Leute zwar eine Unterschriftensammlung gegen die Bonzen unterstützt. Aber hätten sie dies nicht getan, so hätten sie sich ja auch allzu stark vor den Kollegen entlarvt.

RM: Wie soll der Kampf jetzt weitergeführt werden?

Innerhalb eines Jahres hat die Partei im Klinikum viel Einfluß gewonnen, und „Das Rote Rezept“ wurde bei den Kollegen bekannt. Die Kollegen akzeptierten viele unserer Vorschläge. Umso wütender bekämpfte uns der ÖTV-Apparat. Zur Zeit gehen die Bonzen dazu über, wild um sich zu schlagen: Sie wollen gegen 41 Kollegen Ausschlußverfahren anstrengen, die eine Protestresolution unterschrieben haben. Aber die Kollegen haben Vertrauen in die eigene Kraft gewonnen und gesehen, daß sie selbständig kämpfen können. Wir werden durch verstärkte Einbeziehung von nicht gewerkschaftlich organisierten Kollegen die Kampffront verbreitern. Falls es nicht gelingt, unseren Ausschluß zu verhindern, müssen wir erreichen, daß unsere Kollegen uns dennoch weiterhin als ihre Vertrauensleute betrachten. Damit die Empörung der Kollegen über den Bonzenapparat nicht in Resignation umschlägt, müssen wir verstärkt die weiterführende Perspektive, den selbständigen revolutionären Zusammenschluß im Kampf gegen das Kapital, den Staat und den DGB-Apparat, die Organisierung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition aufzeigen und in die Praxis umsetzen.

Schwere Krise im Schiffbau

Werftkapitalisten wollen 25 000 Kollegen entlassen

Vor einigen Wochen meldeten die Tageszeitungen, daß bei der Hamburger Werft Blohm&Voss 300 Arbeiter entlassen und 1 000 auf Kurzarbeit gesetzt werden sollen. Diese Entlassungen sind jedoch nur die Spitze eines Eisbergs. Seit über einem Jahr steckt die Schiffbauindustrie in einer außergewöhnlich schweren Krise. Bereits im letzten Jahr haben auf den Werften an den Küstengebieten der Bundesrepublik Tausende von Arbeitern und kleinen Angestellten ihren Arbeitsplatz verloren. Und eine noch viel größere Zahl soll in den kommenden Monaten und Jahren auf die Straße gesetzt werden. Dazu stehen die Pläne bereits fest. Selbst von den Schiffbaukapitalisten wird dies nicht abgestritten.

Vom Juli 1975 bis zum Juli 1976 ging die Zahl der Beschäftigten in der Werftindustrie der Bundesrepublik von 78 355 auf 73 677 zurück. In diesen 12 Monaten wurden 4 678 Arbeitsplätze „abgebaut". Seither dürfte die Zahl der vernichteten Arbeitsplätze auf mindestens 7 000 angewachsen sein. Nicht berücksichtigt ist hierbei der Rückgang der Beschäftigten in der Zuliefererindustrie, die insgesamt ca. 140 000 Beschäftigte hat.

Zum Beispiel HDW

Nehmen wir einmal die Howaldt-Werft (HDW) als Beispiel. Bei HDW gab es Massenentlassungen, über die es keine Schlagzeilen und Berichte in der bürgerlichen Presse gab. Sie wurden auf schleichendem Wege vollzogen. Zum Beispiel betrug die Zahl der von Oktober 75 bis Oktober 76 abgebauten Arbeitsplätze bei HDW 1 300. **Insgesamt ist vorgesehen, daß bei HDW mindestens 3 000 Arbeitsplätze abgebaut werden. Nach den Bekundungen des Vorstandsvorsitzenden Henke wollen die HDW-Bosse dem Vorbild einer Göteborger Werft nacheifern, die angeblich mit einem Drittel der Belegschaft die gleiche Tonnage wie HDW produziert.** Ein Hebel zur Durchsetzung dieser skrupellosen Pläne soll ein neues werftspezifisches Lohnsystem sein, dessen Einführung bereits geplant ist: der sogenannte Programmprämienlohn. Er wird verstärkte Arbeitshetze, Umsetzungen, „Freisetzung" von Arbeitskräften usw. mit sich bringen und soll den Widerstand der Arbeiter gegen Entlassungen und Rationalisierungsmaßnahmen erschweren.

Wen wundert es angesichts dieser Angriffe der HDW-Bosse auf die Belegschaft noch, daß die Herren im vergangenen Jahr alles daransetzen, sich die vier Roten Betriebsräte vom Halse zu schaffen, die vor zwei Jahren mit den Stimmen von einem Viertel der Belegschaft gewählt worden waren? Wen wundern da noch die Gangster-Methoden, die dabei angewandt wurden und der provozierende Auftritt von einer Hundertschaft Bereitschaftspolizei auf der Werft in Kiel, die brutal gegen die protestierenden Werftarbeiter eingesetzt wurde?

Während die reaktionäre Clique der IGM-Betriebsräte um den Betriebsratsvorsitzenden Böhm den Werftherren schmutzige Handlangerdienste bei den Entlassungen und Rationalisierungsmaßnahmen leistete, während sie eifrig bemüht war, den Widerstand der Kollegen zu untergraben, jeden Kampf abzuwiegeln und zu spalten und während sie allen Maßnahmen der Werftherren ihren Segen gab, haben die Roten Betriebsräte kompromißlos die Interessen der Kollegen verteidigt. Sie haben nicht nur ihre Zustimmung zu den Maßnahmen der Kapitalisten verweigert, sondern alles getan, um die Kollegen zum Kampf gegen die Angriffe der Werftherren zusammenzuschließen.

25 000 Arbeitsplätze in Gefahr

Was für HDW gilt, gilt nicht minder für die ganze Schiffbauindustrie. Die größten Angriffe der Kapitalisten auf die Arbeitsplätze stehen noch bevor, und die Herren werden vor keinem brutalen Mittel zurückschrekken, um den Widerstand der Belegschaften zu unterdrücken. **Der Verband der deutschen Schiffbauindustrie kündigte bereits offen an, daß die Zahl der Beschäftigten noch um rund 25 000 abgebaut werden soll. Das sind mehr als ein Drittel aller in diesem Industriezweig Beschäftigten.**

Es ist ein nackter Hohn, wenn die Revisionisten der D„K"P und der IGM-Apparat die Parole ausgeben, man müsse sich an die Regierung und den bürgerlichen Staat wenden, damit er den Entlassungsplänen einen Riegel vorschiebe. Hat der Polizeieinsatz auf der Kieler Werft, wie auch die Bestätigung der fristlosen Entlassung der Roten Betriebsräte durch das Arbeitsgericht, nicht schon deutlich genug die Rolle des Staates gezeigt? **Der Staatsapparat und die Bonner Regierung sind nichts anderes als Werkzeuge des Kapitals, vor allem der Monopole, zur Absicherung ihrer Profit- und Herrschaftsinteressen und zu deren gewaltsamen Durchsetzung gegenüber der Arbeiterklasse.** Noch dazu befindet sich ein großer Teil der Schiffbauindustrie ohnedies in staatlichem Besitz. Z. B. gehören 74,9 Prozent der Howaldt-Werft der Salzgitter AG, die sich wiederum im Besitz des Bundes befindet. Und der Rest von HDW gehört dem Land Schleswig-Holstein.

Verstaatlichung ist kein Ausweg

Die Revisionisten und Reformisten wollen uns einreden, die Verstaatlichung von Konzernen würde uns Werktätigen nützen, dadurch könnten wirtschaftliche Prozesse zugunsten unserer Interessen geplant werden. Nun ja, planen tut der kapitalistische Staat schon bis zu einem gewissen Grad. Aber **was** plant er und **in welchem Interesse** plant er? Wie das Beispiel HDW bestätigt, plant er nichts anderes als die Sicherung von Höchstprofiten für die Monopole vermittels der Abwälzung der Krisenlasten auf die Werktätigen und die Unterdrückung der Kämpfe der Arbeiterklasse. So ließ die Bundesregierung schon vor Jahren ein Gutachten erstellen, in dem die jetzige Entwicklung im Schiffbau bereits in den wesentlichen Zügen angekündigt wurde: die „Gesundschrumpfung" durch Massenentlassungen und Rationalisierungsfeldzüge. Und an der Anarchie und Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Produktion ändert die Planung des Staates nicht das geringste. Die Schiffbaukrise ist eine typische kapitalistische Überproduktionskrise. Ihr Hauptherd liegt im totalen Zusammenbruch des Marktes für Großtanker. Bis 1974 war die Großtankerproduktion ungeheuer hochgeschnellt. Zwei Drittel bis drei Viertel der Weltschiffbaukapazität war auf den Tankerbau ausgerichtet. Das Schiffbaukapital, ob staatlich oder nicht, investierte fieberhaft im Tankerbau. Ergebnis: ungeheure Überkapazitäten und der sogenannte Tankerberg. Der Schiffbauverband: „Tankerneubauaufträge erwartet niemand mehr vor dem Ende des Jahrzehnts." Und wie immer sollen jetzt die Arbeiter und kleinen Angestellten die Zeche bezahlen.

Es ist also absoluter Zynismus, wenn die DGB-Bonzen und Revisionisten so tun, als wäre vom kapitalistischen Staat ein Eingreifen zugunsten der Werktätigen zu erwarten. Es geht ihnen dabei darum, die Kollegen vom einzig möglichen Ausweg aus der Misere abzulenken: vom revolutionären Kampf gegen die Schiffbaukapitalisten und gegen den kapitalistischen Staat. Sie wollen damit abwiegeln, spalten und verhindern, daß eine machtvolle, revolutionäre Kampffront gegen Rationalisierung und Massenentlassungen und für die Verteidigung der Arbeitsplätze entsteht. Sie wollen die Werftarbeiter vor den Karren der Imperialisten spannen, denn der Schiffbau hat für Bonn große strategische Bedeutung. Man denke z. B. nur an die Wichtigkeit der Schiffbauindustrie für die Seestreitkräfte.

Chauvinistische Parolen zum Nutzen der Werftkapitalisten

Mit Chauvinismus versuchen die Bonzen und Arbeiterverräter das Bewußtsein der Arbeiter zu vernebeln und ihnen weiszumachen, alle zusammen, Arbeiter und Kapitalisten sowie der Staat, würden in einem Boot sitzen. So sollen die Kollegen sich einbilden, Rüstungsaufträge und die staatlichen Subventionen, die der Schiffbau erhält und die damit vorangetriebenen Rationalisierungs- und Modernisierungsmaßnahmen seien in ihrem Interesse. Z. B. übte der Hamburger Bezirkssekretär der IGM „scharfe Kritik an den mangelnden Rationalisierungsanstrengungen der deutschen Schiffbauindustrie". Die IGM-Führung verlangt von Bonn, es solle im Rahmen der EG und der OECD mehr Druck ausüben, „um die Japaner zurückzudrängen". Japan ist gewissermaßen der „Hecht im Karpfenteich" des internationalen Schiffbaus. Sein Marktanteil ist in den letzten Jahren enorm gestiegen, während der Anteil Westeuropas sehr stark gesunken ist. Die gleiche Forderung stellen natürlich auch die Vertreter des westdeutschen Schiffbaukapitals selbst auf.

Aber haben die Arbeiter denn gemeinsame Interessen mit den Kapitalisten, sollen sie sich etwa auf Seiten „ihrer" Imperialisten im internationalen Konkurrenzkampf der Monopole und Finanzgruppen engagieren? Niemals! Das würde heißen, daß die Arbeiter sich für die hemmungslose Jagd nach Maximalprofiten und damit für die Steigerung ihrer eigenen Ausbeutung, für Arbeitshetze, Rationalisierung und Massenentlassungen engagieren müßten! Es würde bedeuten, das Schüren der Kriegsgefahr durch die Imperialisten, die aus ihrem Kampf um Märkte, Rohstoffquellen und Einflußzonen entspringt, zu unterstützen.

Alle Maßnahmen, mit denen die Kapitalisten und ihr Staat ihre Profite sanieren wollen, richten sich letztlich gegen die elementaren Lebensinteressen der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes. Das versuchen die Reformisten und Revisionisten zu verschleiern, um die Arbeiterklasse gegenüber der Ausbeutung und Unterdrückung, gegenüber der Kriegsgefahr und Militarisierung zu entwaffnen. Aber anhand der harten Tatsachen erkennen immer mehr Kollegen: Nur der revolutionäre Kampf gegen jeden Angriff der Kapitalisten kann die Vernichtung von Arbeitsplätzen aufhalten und nur durch den gewaltsamen Sturz der Herrschaft des Kapitals kann das Proletariat sich eine gesicherte Existenz erkämpfen.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen



"Das war kein Unfall - Die Stückzahl hat ihn umgebracht!"

So oder ähnlich war die Reaktion vieler Kollegen auf den grausamen Tod des Kollegen Siegfried Harlass im I-Bau.

Was war passiert?

In der Nachtschicht von Freitag auf Samstag stand gegen 1.30 Uhr die Burr-Transferstraße in der Abteilung 2522 still. Als ein Kollege nachsehen ging, was für eine Störung vorlag, fand er sie auch: der Kollege Siegfried lag zerquetscht zwischen dem mehrere Zentner schweren Schlitten und der Führungsschiene. Der eilends herbeigerufene Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. Für die am Samstag dann zahlreich herbeigeeilten Herren von der Betriebsleitung, dem Gewerbeaufsichtsamt, der Staatsanwaltschaft und der Kripo war der Fall bald klar: ein „tragischer Unfall", an dem der Kollege wahrscheinlich selbst Schuld hatte. Also sahen diese Arbeiterfeinde auch keinen Grund, der dringenden Anfrage des Betriebsleiters Treu nicht nachzugeben, dessen wichtigste Frage am „Unfall"-Ort war, ob denn die Straße bis zur nächsten Nachtschicht wieder läuft: Sie lief!

Natürlich: Was zählt für die Kapitalisten und ihre Handlanger schon ein Arbeiterleben. Hauptsache, die Produktion läuft und der Profit von Opel stimmt! Arbeiter gibt es mehr als genug. „Der wird von der Liste gestrichen, und dann **haben sie ihn auch schon vergessen"**, wie es ein Kollege ausdrückte.

Wieso arbeiteten denn die ganze Zeit drei statt der notwendigen vier Kollegen arbeiten sollen, **aber seit langer Zeit und auch in dieser Nachtschicht nur noch drei Kollegen eingesetzt sind, die sich gegenseitig nicht sehen können!**

Tatsache ist insbesondere, **daß es schon öfter vorgekommen ist, daß die Straße, obwohl der Vorlauf abgeschaltet ist, noch einen Takt weiterfährt!**

Wenn man all das betrachtet, was nicht nur den Kollegen, sondern auch den Opel-Kapitalisten und ihren Handlangern bekannt war, dann wird ganz klar, daß der Tod des Kollegen Siegfried Harlass kein „selbstverschuldeter" Unfall war: Es war eine Störung an der Maschine. Der Kollege schaltet die Maschine ab, öffnet das Schutzgitter, beugt sich hinein, im selben Moment läuft der Schlitten nach. Da kein vierter Kollege an der Maschine stand, der ihn hätte warnen können, wird er vom Schlitten erfaßt und zerquetscht!

Hieran zeigt sich wieder einmal deutlich der wahre Charakter der Kapitalistenklasse:

FÜR IHREN PROFIT GEHEN SIE ÜBER LEICHEN!

Auch wenn sie sich jetzt heuchlerisch hinstellen und uns erzählen: „Sicherheit ist wichtiger als die Stückzahlen", wissen wir doch, wie verlogen das ist!



Die brutale Ausbeutung an den Bändern — Ursache von schweren Arbeitsunfällen.

Das einzige, was den Kapitalisten und ihren Helfern nun noch Sorge macht, ist, uns weiszumachen, daß das eben ein „unglückseliger Unfall" gewesen sei, der Kollege „hätte halt besser aufpassen müssen"!

Was wurden uns nicht alles für Lügenmärchen erzählt: Der Kollege hätte bei der Reparatur die Maschine nicht abgeschaltet. Ja, er wäre sogar über das Schutzgitter geklettert, um bei laufender Maschine die Reparatur durchführen zu können!!!

Als sich dieser Schwachsinn von selbst entlarvte, wurden dauernd neue „Theorien" aufgetischt, die aber alle auf dasselbe hinauslaufen: der Kollege war selbst schuld!

Aber seine Kollegen, nicht nur in seiner Abteilung, sondern im ganzen Opel, wissen, was wirklich schuld am Tod des Kollegen Siegfried hat:

DIE SICH DAUERND VERSCHÄRFENDE ARBEITSHETZE!

Tatsache ist, daß der Opel heute einen höheren Produktionsstand hat als 1972, mit Tausenden von Kollegen weniger als 72.

Tatsache ist, daß diese Transferstraße, seit sie aufgestellt wurde, dauernd elektrische und mechanische Störungen hat, daß kein Tag vergeht, an dem nicht Elektriker und Schlosser daran herumbasteln müssen, damit sie weiterläuft.

Tatsache ist, daß sowohl die Strassenführer, wie auch die Elektriker und die Schlosser dauernd angetrieben wurden, alles zu tun, damit die Straße läuft.

Tatsache ist, daß man an dieser Straße Seitenabsperrungen entfernen kann, ohne daß die Maschine abschaltet, was gar nicht sein darf. Tatsache ist weiter, daß an dieser Straße normalerweise legen an der Straße? Wieso wurde die Straße immer nur so weit repariert, daß weitergefahren werden konnte? Wieso läuft denn jetzt die Straße schon wieder auf vollen Touren, obwohl doch angeblich die „Unfallursachen" unaufgeklärt sind?

Einzig und allein die Profitgier der Kapitalisten ist es, die es nicht zuläßt, daß die Straße und damit Teile der Produktion auch nur für Minuten außer Betrieb genommen wird. Und wenn statt vier nur drei Kollegen an der Straße arbeiten, dann dient das zwar nicht der Sicherheit der Kollegen, bringt für die Opel-Kapitalisten aber zusätzlichen Profit!

Das zeigt: Arbeitsunfälle sind im Kapitalismus unvermeidlich. Solange das Gesetz der rücksichtslosen Ausbeutung herrscht, solange eine Handvoll Konzernbosse und Finanzhaie ihre Diktatur über das Volk ausüben, kann von einem Rückgang der Arbeitsunfälle keine Rede sein.

Wir werden allen diesen Bossen und Bonzen, die durch Akkord und Arbeitshetze Morde an unzähligen Arbeitern begehen und begangen haben, eines Tages die Rechnung präsentieren. Dann, wenn sie in der gewaltsamen Revolution durch die Arbeiterklasse selbst hinweggefegt werden und ihre gerechte Strafe erhalten. Dann, unter der Diktatur des Proletariats, wo nur die Lebensinteressen der Arbeiterklasse und des Volkes zählen, wird es gelingen, die Arbeitsunfälle auf ein Minimum zu beschränken. Die Familien der Werktätigen werden nicht mehr in ständiger Sorge leben müssen, so wie es heute noch ist, wenn wieder mal in der Zeitung steht: „Tödlicher Unfall im Opel-Werk."

KÄMPFT MIT DER KPD/ML FÜR DIE SOZIALISTISCHE REVOLUTION IN OST UND WEST!

Revisionistisches

„KAMPF" GEGEN DEN ALKOHOLISMUS IN DER SOWJETUNION

Jeder, der einmal den Ostblock und besonders die Sowjetunion besucht hat, weiß, welche Ausmaße dort der Alkoholismus angenommen hat. Wer abends in der Stadt spazierengegangen ist, der ist bestimmt schon einmal über eine „Schnapsleiche" gestolpert, hat zugeschaut, wie die Miliz die Betrunkenen aufsammelt und in speziell dafür eingerichtete, vergitterte Lastwagen pfercht. Oder er ist vor einem Lebensmittelgeschäft mit Spirituosenabteilung angesprochen worden, ob er sich nicht noch mit einem Rubel an einer Flasche Wodka beteiligen wolle.

Offensichtlich haben jetzt auch die sowjetischen Behörden von diesen Erscheinungen „Wind bekommen". Wie die „Literaturnaja Gazeta" in einer ihrer letzten Ausgaben mitteilte, gab der stellvertretende Minister für die Nahrungsmittelindustrie der UdSSR, N. V. Oreschkin, bekannt, daß bestimmte Sorten starken Weins, Wodkas, Kognaks usw. in Zukunft nicht mehr das staatliche Qualitätszeichen erhalten werden.

Man kann jetzt schon gewiß sein, daß dieser Schritt sicherlich durchschlagenden Erfolg haben wird, werden doch jetzt wirklich „energische" Maßnahmen gegen den Alkoholismus ergriffen, wie man sieht.

NEUESTE ERRUNGENSCHAFT DER SOWJETUNION – KAUGUMMI

Wie jetzt bekannt wurde, stellt die UdSSR seit einiger Zeit in den Städten Tallin und Erewan Kaugummi her. Im vierten Quartal 1977 soll die Produktion von Kaugummi auch in Moskau aufgenommen werden. Nachdem schon seit etlichen Jahren Afri-Cola in der Sowjetunion hergestellt wird, nimmt der Einzug des „american way of life" in das sowjetische Leben jetzt verstärktes Ausmaß an. Natürlich müssen für die Einführung des Kaugummis einige demagogische Argumente herhalten, wie: das Kaugummi diene zur Desinfektion des Rachenraumes, bewahre die Zähne vor Karies, erleichtere den Rauchern das Aufhören usw.

Wie der „Spiegel" mitteilte, soll auch demnächst in der Sowjetunion die amerikanische Marlboro-Zigarette vertrieben werden.

All diese „Errungenschaften" sind nichts anderes als der Versuch, das Volk weiter auszupowern und von den grundsätzlichen Schwierigkeiten der Sowjetwirtschaft abzulenken.

UNGEHEUER VON LOCH NESS JETZT AUCH IN DER SOWJETUNION

Vor einigen Tagen vermeldete die „Komsomolskaja Prawda", daß in einem See in der UdSSR ein Ungeheuer gesichtet wurde, daß eine Länge von 15 Metern besitzt und sowohl einer Schlange als auch einem einhöckerigen Kamel ähnelt. Damit wurde angeblich eine Legende, die seit Jahrhunderten im Volk umgeht, bestätigt. Leider aber waren die Betrachter dieses „Fabeltieres", ein gewisser A. Petscherskij, Mitglied der Geographischen Gesellschaft der UdSSR, und sein Sohn Volodja so erstaunt, daß sie vergaßen, dieses „wunderbare" Ereignis mit Hilfe der mitgebrachten Filmkamera und des Fotoapparates festzuhalten.

Vor Jahren stellte ein Korrespondent einer sowjetischen Zeitung, der beauftragt war, die Geschichte über das Ungeheuer von Loch Ness in Schottland zu untersuchen, fest, daß es sich hierbei um eine Erfindung der Bourgeoisie handele, um die Werktätigen von der tiefen Spaltung der Gesellschaft in Unterdrükker und Unterdrückte abzulenken.

Angesichts des „Auftauchens" eines solchen Ungeheuers in der Sowjetunion scheint uns hier die gleiche Erklärung angebracht zu sein.

Genossenschaftsversammlung im Gemüseanbaugebiet 'Vierlanden' zeigt

Bonner Agrarbericht nichts als Schönfärberei

Vor wenigen Tagen hat die Bundesregierung ihren Agrarbericht 1977 vorgelegt, in dem sie auf die Lage und die Aussichten in der Landwirtschaft eingeht. Von der ersten bis zur letzten Seite zeichnet diesen Bericht besonders eines aus: eine unverschämte Schönfärberei, die mittels statistischer Tricks sich zur „wissenschaftlichen" Behauptung versteigt, die Einkommenssteigerung der Bauern betrage über 20%, das Durchschnittseinkommen läge bei 25 000 DM im Jahr.

Was die Großbauern, Großagrarier und Agrarkapitalisten anbelangt, so haben sich ihre Profite in der Tat um bis zu 83% während des letzten Wirtschaftsjahres erhöht. Doch insbesondere für die Kleinbauern hat es dagegen so gut wie keine Einkommenssteigerung gegeben. Was sie durch höhere Agrarpreise mehr eingenommen haben, wurde ihnen sofort wieder durch Preisdiktat und Verkaufsbedingungen der Nahrungsmittelkonzerne und Handelsketten abgenommen. Davon zeugt in aller Deutlichkeit der folgende Bericht eines Gärtnerlehrlings, der in einem Betrieb im Gemüseanbaugebiet „Vierlanden" bei Hamburg arbeitet, von einer Gebietsversammlung der dortigen Genossenschaft.

Zu der Gebietsversammlung der Genossenschaft waren viele Bauern bereits mit Unmut gekommen, weil sich im vergangenen Geschäftsjahr mehrfach in aller Klarheit erwiesen hatte, daß die Genossenschaft ihre Maßnahmen, auch wenn es sich um einschneidende Maßnahmen handelt, über die Köpfe der Mitglieder hinweg entscheidet. Tatsächlich vertreten die sogenannten „Genossenschaften" nicht die Interessen der breiten Masse der Bauern, sondern sie sind ein Arm des Kapitals zur besseren Ausplünderung vor allem der Kleinbauern. Der Geschäftsführer der Genossenschaft eröffnete die Gebietsversammlung. Nachdem er über die Ergebnisse des vergangenen Geschäftsjahres berichtet hatte, wies er sogleich darauf hin, daß die Verkaufsgebühr in Höhe von 12%, die die Genossenschaft den Bauern abverlangt, nicht mehr beibehalten werden könne. Einer der Gründe dafür, sagte er, sei der gestiegene Preis der Transportkisten, die statt wie bisher 1,30 DM ab jetzt 1,50 DM pro Kiste kosten sollen. Als er dies bekanntgab, gab es deutlich Unruhe und Gemurmel im Saal. Eine Preissteigerung von 15% pro Kiste, die die Bauern zu zahlen haben, und die von ihrem Erlös abgehen.

Auf der anderen Seite, fuhr der Geschäftsführer fort, seien die Transportkosten weiter gestiegen. Sie machen jetzt 30 Pfennig pro Kiste aus. „Woher denn diese hohen Transportkosten? Das gab es doch bisher nicht!" empörten sich Mitglieder im Saal. Ihre Empörung ist nur allzu berechtigt. Der Grund für diese Kostensteigerung liegt nämlich darin, daß die Handelskapitalisten die Genossenschaften zwingen, die Produkte der Bauern bis in ihre Lager zu liefern – natürlich auf Kosten der Bauern. Falls die Bauern damit nicht einverstanden wären, drohen die Konzerne, ihre Produkte eben in Holland zu kaufen, wo sie ähnliche Bedingungen bereits durchgesetzt haben. Im Grunde bedeutet die Forderung der Konzerne, die Feldfrüchte bis in ihre Lager zu liefern, nichts anderes als den Preis zu drücken. Denn durch diese Anlieferung sind es die Bauern, die zuzulegen haben, und es sind eben diese kapitalistischen Konzerne, die auf diese Weise ihre Profite erhöhen können.

Die Ankündigung höherer Transportkosten rief unter den Bauern im Saal ebenfalls Empörung hervor. Ein Bauer steht auf: „Der Handel nimmt uns ja über den Schnabel! Er hat uns gezwungen, die Verlustverpackung einzuführen. Die vollen Kosten dafür müssen wir tragen. Er hat uns gezwungen, von Pfund- auf Kilopreise überzugehen (kostete z. B. ein Pfund früher 50 Pfennig, so kostet ein Kilo 98 Pfennig). Wir müssen die Ware marktfertig machen, sie waschen, bündeln, verkaufsfertig verpacken – und jetzt sollen wir auch noch für den Transport aufkommen! Der Handel nimmt uns ja über den Schnabel!" Im Laufe der Debatte decken die Bauern noch eine weitere Methode auf, wie die Ladenketten der Handelskonzerne wie z. B. „Safeway", die DGB-eigenen Pro- und Coop-Ladenketten, die Bauern ausplündern. Sie zwingen die Genossenschaften, die von den Bauern finanziert werden, den Handelskapitalisten am Jahresende eine sogenannte „Warenrückvergütung" zu bezahlen, d. h. daß jährlich ein bestimmter Prozentsatz des Werts der eingekauften Ware an das jeweilige Handelsunternehmen zurückgezahlt werden muß.

Mit solchen Methoden haben diese Gesellschaften nicht nur durchgesetzt, daß der Preis, den die Bauern für ihre Produkte bekommen, gleich geblieben ist, sondern daß die Bauern durch die ständige Übernahme von Kosten zugunsten der Handelskapitalisten letztlich immer weniger erhalten haben. Das ist die tatsächliche Lage, die sich für die Kleinbauern besonders schwer auswirkt.

Mancher Bauer überlegt sich bereits, ob er aus der Genossenschaft wieder austreten und seine Waren auf dem Großmarkt in Hamburg selber verkaufen soll. Daß jedoch auch dies kein Ausweg ist, zeigte die Diskussion unter den Bauern auf der Genossenschaftsversammlung. Auch die kleinen Bauern, die ihre Ernte selbst verkaufen, geraten in immer größere Schwierigkeiten. Da die großen Ladenketten die kleinen Gemüse- und Obstgeschäfte immer mehr niederkonkurrieren, verliert dieser Markt ständig an Bedeutung. Denn die großen Handelskonzerne versorgen sich nicht auf den kleinen Märkten, sondern da, wo es für sie am günstigsten ist. Wenn es ihnen in Hamburg zu teuer ist, gehen sie an den Niederrhein, finden sie auf dem inländischen Markt nicht das Günstigste, dann kaufen sie eben in Frankreich oder Holland den Salat, den Blumenkohl oder was sie gerade brauchen. Nebenbei bemerkt verlangen die Einkäufer der Handelsunternehmen praktisch bei jedem Geschäft eine Bestechungssumme, wie ein Bauer berichtete, die ein kleiner Bauer, der seine Produkte selbst verkauft, gar nicht zahlen könnte.

Sicherlich läßt sich durch den eigenständigen Verkauf auf den Wochenmärkten, die es in vielen Städten noch gibt, ein höherer Verkaufspreis erzielen als beim Absatz über die Genossenschaft. Wenn ein Bauer z. B. für eine Kiste Salat beim Verkauf über die Genossenschaften 4 DM erzielt, so sind das für einen Kopf Salat ungefähr 10 Pf. Auf dem Kleinmarkt dagegen kann er für einen Kopf bis zu 80 Pf. bekommen. Doch die andere Seite der Medaille ist: Während man über die Verkaufsgenossenschaft vielleicht 150 Kisten verkaufen kann, wird der Bauer auf dem Kleinmarkt höchstens zehn Kisten verkaufen können. Hinzu kommt, daß an einem Stand auf dem Kleinmarkt über möglichst lange Zeit viele verschiedene Produkte angeboten werden. Für die betreffenden Bauern heißt das, daß sie nur sehr kleinflächig anbauen können, so daß in ihren Betrieben fast alle Arbeiten mit der Hand gemacht werden müssen, da die Anschaffung von Maschinen für den vielfältigen Anbau angesichts der hohen Landmaschinenpreise vollkommen unrentabel sind. Daher verfügen diese Bauern nicht über Pflanzmaschinen, fahren nicht mit Paletten und Förderbändern zum Ernten auf das Feld und haben keine Arbeitsmaschinen, mit denen z. B. Düngen, Hacken, Spritzen in einem Arbeitsgang von nur einer Arbeitskraft durchgeführt werden kann, wie es beim Großanbau möglich ist. Die Konsequenz: Vor Sonnenaufgang wird losgefahren auf den Markt und wenn es wieder dunkel ist, wird noch bei Licht der Rosenkohl geputzt, werden die Radieschen gebündelt für den nächsten Verkaufstag.

Außerdem sind die Bauern, die ihre Produkte auf den Kleinmärkten selbst verkaufen, der immer schärferen Konkurrenz der großen Handelsunternehmen ausgesetzt, die sich ihre Tomaten und Radieschen von Großproduzenten holen, wo sie die Waren billiger einkaufen können. So sind auch immer mehr Bauern, die ihre Produkte selbst auf Märkten verkauften, gezwungen, ihre Produktion einzustellen, ihren Hof aufzugeben, nur noch zu handeln oder sich andere Arbeit zu suchen. In der Gegend des Gemüseanbaugebietes bei Hamburg sind im Verlauf der Jahre seit 1950 fast alle Wochenmarktfahrer verschwunden. Ihre Felder haben wenige Großbauern gepachtet, die dort statt Gemüse Getreide anbauen (weil die Pacht für Getreideland um ein vielfaches geringer ist als bei Gemüseanbau). Die Vergleiche, die die Bauern im Verlauf der Diskussion aufstellten, die sie auf der Genossenschaftsversammlung führten, zeigten, daß für die Bauern, die einer der Genossenschaften angeschlossen sind, der Ausweg nicht heißen kann, auf Wochenmärkten selbst zu verkaufen. Ebensowenig wie Bauern, die auf Wochenmärkten selbst verkaufen, ihre Lage verbessern können, indem sie sich den Genossenschaften anschließen.

Innerhalb der Genossenschaften wie außerhalb zeigt sich, daß die Kleinbauern, vor allem die Zuerwerbs- und Nebenerwerbsbauern in eine immer schwierigere Lage getrieben werden, die auf ihre Ruinierung hinausläuft, während einige Großbauern und Agrarkapitalisten immer fetter werden und vor allem die kapitalistischen Nahrungsmittelmonopole und ihre Handelsketten den großen Schnitt machen. Der Grund dafür liegt einzig und allein an der kapitalistischen Ausbeutung und Ausplünderung der Kleinbauern durch das Kapital, die letztlich für die Kleinbauern die Vernichtung ihrer Existenz bedeutet. Während der Agrarbericht der Bundesregierung in Schönfärbereien über die Lage in der Landwirtschaft schwelgt, ist selbst der offiziellen Statistik zu entnehmen, daß im letzten Jahr 17 000 Höfe ruiniert worden sind. Die tatsächliche Zahl dürfte sogar noch weitaus höher liegen.

Der Ausweg der Kleinbauern aus dieser Lage kann daher nur einer sein: gemeinsam mit der Arbeiterklasse, an ihrer Seite gegen das Kapital zu kämpfen, gegen die ständige Verschlechterung ihrer Lebenslage und für den Sturz des kapitalistischen Systems, das der Arbeiterklasse wie den Kleinbauern nur Ausbeutung und Unterdrückung zu bieten hat.

Vom Aufbau des Sozialismus

„ZERI I POPULLIT", ZENTRALORGAN DER PAA, ERHÄLT HOHE AUSZEICHNUNG

Im Rahmen einer feierlichen Zeremonie in einem der Säle des Kulturpalastes in Tirana wurde am 5. Februar der Zeitung „Zeri i Popullit", dem Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens, die hohe Auszeichnung „Held der sozialistischen Arbeit" vom Präsidium der Volksversammlung der Sozialistischen Volksrepublik Albanien überreicht.

An der Feier nahmen teil die Genossen Ramiz Alia, Mitglied des Politbüros des ZK der PAA, Genosse Manush Myftiu, Mitglied des Politbüros der PAA und stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats, Genosse Rita Marco, Mitglied des Politbüros der PAA und Vorsitzender des Gewerkschaftsverbandes, und andere Genossen.



Der Vorsitzende des albanischen Journalistenverbandes, Xhelil Gjoni, eröffnete die feierliche Veranstaltung. Unter der revolutionären Begeisterung der Anwesenden überreichte Genosse Ramiz Alia die hohe Auszeichnung und wünschte im Namen des ZK der PAA und des Genossen Enver Hoxha persönlich den Mitarbeitern der Zeitung, die hohe Auszeichnung in Ehren zu halten und weiterhin bei ihrer ehrenhaften Aufgabe im Dienst der Partei, des Volkes und des Sozialismus Erfolge zu erringen.

Genosse Agim Popa, Chefredakteur von „Zeri i Popullit", nahm die Auszeichnung entgegen und dankte der Partei für die große Ehre. Er bekräftigte, daß das Kollektiv der Zeitung wie alle Mitarbeiter der Presse ihre Anstrengungen vervielfachen wollen, um die Aufgaben, die die Partei auf ihrem 7. Parteitag gesteckt hat, so gut wie möglich zu verwirklichen.

FAHRPREISERHÖHUNGEN IM NAHVERKEHR? – IN ALBANIEN GIBT ES DAS NICHT

Wie unter der Diktatur des Proletariats in Albanien ständig die Lebensverhältnisse der Werktätigen verbessert werden, davon zeugt unter anderem die Entwicklung auf dem Gebiet des öffentlichen Nahverkehrs. Während in unserem Land die Kapitalisten den öffentlichen Nahverkehr in den Städten wie auf dem Lande immer mehr einschränken, Buslinien einstellen und die Häufigkeit der Fahrten verringern, wird in der Volksrepublik Albanien das Netz des öffentlichen Nahverkehrs stetig ausgebaut und verbessert. Doch nicht nur darin zeigt sich der Unterschied zwischen dem sozialistischen Albanien und dem westdeutschen Kapitalismus auf diesem Gebiet.

Von Jahr zu Jahr wird den Werktätigen bei uns immer mehr Geld für Bus-, Straßenbahn- und U-Bahnfahrten aus der Tasche gezogen. Erst kürzlich wurden die Fahrpreise in Hannover, Bremen, in fast allen Städten des Ruhrgebiets sowie in anderen Städten erneut erhöht. In Bochum zum Beispiel wird demnächst eine Fahrt von einem in den anderen Stadtteil bis zu drei Mark kosten.

Wie aber ist das im sozialistischen Albanien? Dort gibt es keine Fahrpreiserhöhungen, denn die Werktätigen im sozialistischen Albanien fahren im öffentlichen Nahverkehr bereits seit Jahren zum Nulltarif.

14 Jahre alt, von der Polizei erschossen

Kindermörder in Uniform

Am Abend des 12. Februar wartete Frau Lichtenberg vergebens auf die Heimkehr ihres 14jährigen Sohnes Peter. Peter hatte sich, wie er es häufiger tat, mit vier Freunden in einem seit Jahren leerstehenden Haus in der Nähe getroffen. Dort wurde er das Opfer eines bluigen Verbrechens. Der Täter, ein 25jähriger Mann, schlich sich im Schutz der Dunkelheit an das Haus heran, in dem sich, wie er wußte, mehrere Kinder aufhielten. Während sein Komplize in das Haus hineinging, stieg er auf die Veranda. Als er von dort aus im Lichtkegel seiner Taschenlampe den Umriß eines Jungen erkannte, zielte er und drückte ab. Sein Opfer, der 14jährige Peter Lichtenberg, brach, von einer Kugel in die linke Brusthälfte getroffen, zusammen. Jede ärztliche Hilfe war vergebens. Peter starb einige Stunden später im Krankenhaus. Seine letzten Worte, nachdem er tödlich getroffen zusammenbrach, waren an seine 15jährige Freundin Romana gerichtet. „Darf man denn auf Kinder schießen?" fragte er.

Dieser erneute, abscheuliche Fall von Kindesmord hat nicht nur die Angehörigen von Peter Lichtenberg erschüttert und empört, sondern auch viele andere Einwohner von Niederrodenbach. Aber anders als beispielsweise im Fall der beiden kleinen Jungen, die in Stolberg das Opfer eines Mörders wurden, fand in diesem Fall die berechtigte Empörung der Bevölkerung über die abscheuliche Tat keinerlei Widerhall in der Presse, geschweige denn in Rundfunk und Fernsehen. Kein Politiker und kein Polizeisprecher entrüstete sich über das „bedrohliche Anwachsen der Kriminalität", ja sie sprachen noch nicht einmal von Mord. Und auch Springers „Bild" sah diesmal weder ein „blutiges Verbrechen", noch einen „Kindermörder". Im Gegenteil. Die Sympathien von „Bild" waren diesmal auf der Seite des Täters.

Warum es diesmal zwar ein getötetes Kind, aber keinen Mord und keinen Mörder gab? Weil es diesmal ein Polizeibeamter war, der im Dienst ein Kind erschoß!

Am Abend des 12. 2. kurz nach 20 Uhr hatten nämlich Nachbarn die Polizei gerufen, weil der Lärm, der aus einem der leerstehenden Neubauhäuser in der Nachbarschaft drang, zu laut geworden sei. Das geschah nicht das erste Mal, denn die leeren Neubauhäuser waren ein beliebter Aufenthaltsort für die Kinder der Umgebung, die hier gelegentlich Feste feierten. Wie jedermann in dem kleinen Ort, wußte das auch die anrückende Polizeistreife. Trotzdem handelte der Polizeibeamte Jürgen L. wie bereits beschrieben und schoß den 14jährigen Jungen ohne die geringste Vorwarnung nieder.

Erst zwei Wochen zuvor hatte es in Hanau einen ähnlichen Vorfall gegeben. Ein türkischer Kollege war von einer Polizeistreife niedergeschossen worden. Er liegt noch lebensgefährlich verletzt im Krankenhaus. Er hatte abseits einer Schlägerei gestanden und wollte, als Polizei kam, lieber zusehen, daß er weiterkam. Er wurde, wie es später hieß, als „vermeintlich Verdächtiger", der zu fliehen versucht hatte, niedergeschossen. Und schon eine Woche nach dem Mord an dem Schüler Peter Lichtenfeld kam es zu einem weiteren Zwischenfall: Als ein Autofahrer eine Polizeikontrolle übersehen und vorbeigefahren war, schoß ihm die Polizei hinterher und traf den Reifen seines Wagens. Es sind Taten, die bei jedem anderen einhellig als Verbrechen und im Fall des Schülers Peter einhellig als „Mord" verurteilt würden.



Peter Lichtenberg

Und im Fall eines Polizisten heißt es dann eben lapidar: „Fälle dieser Art lassen sich nicht total vermeiden." (Helmut Schirrmacher, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei) Und: „Die Nerven von Deutschlands Polizisten sind in der Tat strapaziert." (Springers „Welt") Da wird dann auch nicht wegen Mord ermittelt, sondern wie in diesem Fall gegen den Polizeibeamten Jürgen L. (bei Polizeibeamten gibt man natürlich auch den Namen des Täters nicht preis) wegen „fahrlässiger Tötung". Da kann der Täter dann auch sicher sein, daß — wenn es überhaupt zum Prozeß kommt — ihm keineswegs die verdiente Strafe droht, sondern höchstens einige Monate auf Bewährung.

Und dieser Polizei, die Kindesmörder weiter unter dem Etikett „Dein Freund und Helfer" ihren Dienst verrichten läßt, soll man glauben, daß sie uns und unsere Kinder vor den wachsenden Verbrechen schützen will? Diesem kapitalistischen Staat, in dem sich kein Gericht findet, das einen Polizeibeamten, der ein Kind erschießt, für einige Jahre, geschweige denn lebenslänglich, hinter Gitter bringt, soll man glauben, daß er dazu da ist, den Bürger, das Volk zu schützen? Genauso gut könnte man versuchen, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben! Angesichts der wachsenden Zahl von Kindern und Jugendlichen, die das Opfer von Gewaltverbrechen durch die Polizei werden, ist offensichtlich das genaue Gegenteil notwendig; muß, wer sich und seine Kinder gegen Terror und Gewaltverbrechen schützen will, gegen die Polizei und gegen diesen kapitalistischen Staatsapparat kämpfen.

Wie groß die Empörung in Niederrodenbach über diesen abscheulichen Fall von Kindesmord ist, wie groß die Empörung über die Polizei ist, zeigte die Beerdigung. Über 400 Eltern, Schüler und Lehrer nahmen daran teil. Nach der Beerdigung formierte sich ein Protestmarsch, an dem neben den Angehörigen über 200 Eltern, Schüler und Lehrer teilnahmen.

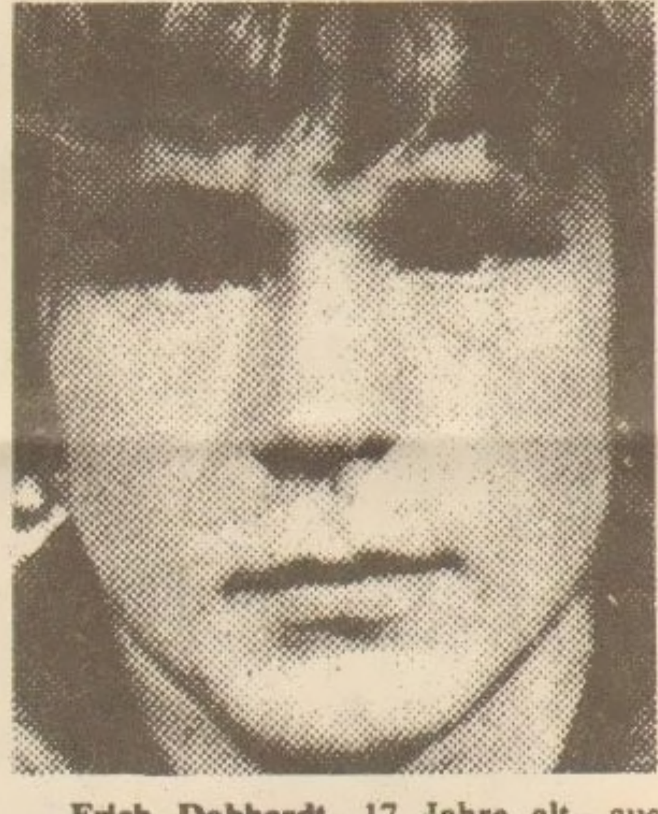
VON DER POLIZEI ERMORDET



Ernst Wiesneth, 18 Jahre alt, aus München. Ernst Wiesneth war mit dem Auto seines Vaters unterwegs. Er hatte keinen Führerschein. In München fiel er einer Funkstreife auf, weil er zu schnell fuhr. Als er auf das Stoppzeichen der Polizei nicht reagierte und flüchtete, wurde er von zehn Polizeiautos gehetzt, gestellt und umzingelt. Ernst Wiesneth hat das Auto nicht verlassen. Sein Mörder, der Polizist Peter Presse, stürzte auf den Wagen zu und erschoß ihn durch die Scheibe. Bei der Gerichtsverhandlung wurde er zu neun Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilt. Kommentar der Staatsanwaltschaft: Ohne den „Druck der öffentlichen Meinung" hätte es überhaupt keine Verurteilung gegeben.



Robert Neumann, 18 Jahre alt, Mechanikerlehrling aus Hamburg-Farmsen. Robert Neumann hatte in der Sylvesternacht 1972 zusammen mit Freunden gefeiert. Er wurde von der Besatzung eines Funkstreifenwagens festgenommen, weil er angeblich randaliert haben soll. Drei Polizisten schleppen ihn in den Funkstreifenwagen. Dort fielen sie über ihn her. Zwei der Polizisten schlugen mit Gummiknüppeln auf Robert Neumann ein, der dritte Polizist würgte ihn solange, bis Robert Neumann tot war. Gegen die drei Polizisten ist es niemals zu einer Gerichtsverhandlung gekommen. Schon die Staatsanwaltschaft hatte die Ermittlungen eingestellt. Offizielle Begründung: „Notwehr".



Erich Dobhardt, 17 Jahre alt, aus Dortmund. Erich Dobhardt wurde am 21. August 1973 von dem Polizisten Rolf Diehl hinterrücks erschossen. Erich Dobhardt wurde gesucht, weil er angeblich mehrere Einbruchdiebstähle begangen haben soll. Die Dortmunder Polizei jagte ihn mit zehn Funkstreifenwagen, vier Motorrädern und sogar mit einem Hubschrauber. Erich Dobhardt war unbewaffnet. Als er auf Diehl traf, lief er weg. Die Kugel Diehls traf ihn in den Rücken und durchschlug die Leber. Erich Dobhardt starb noch in derselben Nacht. Sein Mörder, der Polizist Rolf Diehl, wurde zunächst vom Landgericht Dortmund zu sechs Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilt. Später wurde er vom Bundesgerichtshof freigesprochen.



MÜNSTER

Anfang Februar fand eine erneute Gerichtsverhandlung gegen die Genossen Burkhard und Harald aus Münster statt. Sie waren angeklagt wegen Aktivitäten der Partei in Münster anläßlich des Todes von Günter Routhier. Der Prozeß hatte zunächst vor der Staatsschutzkammer stattgefunden, nachdem das Amtsgericht Münster die Genossen für hinreichend verdächtig hielt, sich „absichtlich für Bestrebungen gegen den Bestand der BRD und seiner verfassungsmäßigen Ordnung einzusetzen." In dieser Verhandlung vor der Staatsschutzkammer waren die Genossen zu sechs bzw. zu vier Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilt worden.

Gegen dieses Urteil hatten die Genossen Revision eingelegt. Der Bundesgerichtshof gab der Revision statt, weil die Vernehmung des als Zeugen geladenen Pit Routhier zu Unrecht mit der Begründung der Prozeßverschleppung abgelehnt worden sei. In der darauffolgenden Verhandlung Anfang Februar dieses Jahres wurden alle Zeugen gehört, außerdem auch das Kraulandgutachten verlesen. Das Gericht wandelte in diesem Prozeß die Gefängnisstrafe in eine Geldstrafe von 2 400 DM bzw. 4 250 DM um. Zweifellos ein Erfolg. Trotzdem aber ist das Urteil ein reines Gesinnungsurteil, wie das Gericht kaum verhüllt selbst eingestand, als es erklärte, die Ereignisse im Arbeitsgericht in Duisburg seien wohl so gewesen, wie die Angeklagten sie darstellten. Das sei aber noch lange kein Grund, die Polizei und den Staat der Bundesrepublik in die Tradition des Hitlerfaschismus zu stellen, solche Schlußfolgerungen daraus zu ziehen, übersteige „jedes vertretbare Maß an Kritik, sei nicht mehr von der Meinungsfreiheit gedeckt, also kriminell".

RECKLINGHAUSEN

Im März 1976 war Ulrich Grober, presseverantwortlich für 13 Flugblätter der Partei zum Tod des Genossen Günter Routhier, zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Dieses Urteil wurde in der Berufungsverhandlung am 2. 2. in vier Monate Gefängnis und 1 200 DM Geldstrafe umgewandelt. Denn in acht von 13 Fällen sah sich das Gericht gezwungen, den Genossen freizusprechen, da die Verteilung der Flugblätter nicht bewiesen werden konnte. Das heißt: Obwohl das Urteil insgesamt niedriger ausfiel als das letzte Mal, ließ das Gericht keineswegs „Milde walten", sondern verschärfte im Gegenteil die Strafen für die einzelnen angeklagten Flugblätter.

Sowohl bei den Zuschauern des Prozesses als auch bei den Kollegen von Ulrich rief der Prozeß Interesse und Empörung hervor: Zum Prozeß war zufällig auch eine Schulklasse gekommen. Als der Lehrer in einer Verhandlungspause die Unterrichtszeit für beendet erklärte und ging, blieb ein Großteil der Schüler trotzdem da. Vier von ihnen kamen sogar nachmittags wieder. Auf der Zeche, auf der Ulrich arbeitet, ging ein Arbeitskollege mit einem Zeitungsartikel über den Prozeß herum und empörte sich: „Habt ihr schon von der Verurteilung von Ulrich gehört? So eine Sauerei, die Wahrheit können diese Lumpen nicht vertragen."

ESSEN

Am 7. 2. 77 fand vor dem Essener Amtsgericht ein Prozeß gegen zwei Genossen wegen Beleidigung der Polizei und Widerstand gegen Polizeibeamte statt. Die beiden waren festgenommen worden, als die Polizei am 26. 4. 76 eine Ansammlung von Menschen überfiel, um die Verteiler des Flugblatts der Partei „Freiheit für den ‚Roten Morgen' " festzunehmen. Die Genossen wurden zu 600 DM bzw. 375 DM Geldstrafe verurteilt.

PROZESSANKÜNDIGUNG

Am 24. 2. 77 findet in **Buxtehude** vor dem Schöffengericht ein Prozeß gegen drei Jugendliche statt, die wegen Meineids bzw. uneidlicher Falschaussage angeklagt sind. Der Prozeß findet statt im Buxtehuder Amtsgericht um 15.00 Uhr.

Anzeige

"Wir kommen wieder!"



Dokumentation zum Kampf gegen das Atomkraftwerk in Brokdorf

KPD/ML Landesverband Wasserkante

Aus dem Inhalt
* Tausende durch Atomreaktoren gefährdet (Artikel aus dem „Roten Morgen")
* „Wer Wind sät, wird Sturm ernten, wer Sturm sät, wird im Orkan untergehen." (Material zum Kampf in Brokdorf)
* Das sollen sie bezahlen! (Material zum Polizeiterror in Brokdorf)
* Die Lehren aus dem Kampf in Brokdorf

zu bestellen bei:
GEWISO-Buchvertrieb
Postfach: 11 16 49, 2 Hamburg 11
3,– DM

Spenden

Im Monat Januar 1977 gingen folgende Spenden auf die Spendenkonten der Partei ein:

Spenden für die KPD/ML

3. 1. ROTE GARDE, Minden	50,60
6. 1. T.B., Essen	50,00
7. 1. P.S., Hannover	78,20
7. 1. Kreisverband Rhein-Main, Silvesterfeier	2 954,15
7. 1. Kreisverband Rhein-Main, Albanienveranstaltung	448,00
11. 1. W.K., Essen	30,00
14. 1. RM-Lesekreis Kiel-Gaarden für die Propagandaarbeit der Partei	165,00
24. 1. Buchladen „Roter Morgen", Köln	500,00
25. 1. Arbeitertreff HH-Barmbek zum III. Parteitag	23,10
31. 1. Arbeitertreff HH.-Barmbek zum III. Parteitag	85,17
Gesamt	**4 384,22**

Spenden für die KPD/ML, Sektion DDR

3. 1. F.G., Wuppertal	30,00
6. 1. Silvesterfeier Singen	61,29
21. 1. Gründungsveranstaltung der Ortsgruppe Herne	134,00
13. 1. R.P., Köln	500,00
14. 1. Silvesterfeier der OG Duisburg	390,00
18. 1. Silvesterfeier in Singen, Erlös der Tombola	55,00
25. 1. Arbeitertreff HH-Barmbek, Sammelbüchse	10,00
27. 1. Silvesterfeier in Kitzingen	62,50
28. 1. B.Ba., Rielasingen	17,89
Gesamt	**1 260,68**

Solidaritätsspenden

3. 1. F.G., Wuppertal	30,00
6. 1. Arbeitertreff HH-Barmbek	60,00
11. 1. Skatrunde Klein-Krotzenburg, RM-Prozesse	25,00
13. 1. Albanienveranstaltung Gießen	30,00
20. 1. Ortsgruppe Oberhausen	30,00
24. 1. ROTE-GARDE-Treffs Seligenstadt für Brokdorf	86,00
31. 1. Kreisverband Rhein-Neckar für Brokdorf	10,50
Gesamt	**271,50**

Sonstige Spenden

3. 1. ROTE GARDE, Minden für den PAC	5,00
12. 1. Kunden Buchladen „Roter Morgen", Stuttgart für den „Roten Morgen"	80,00
17. 1. Drei Soldaten aus Neuburg, Donau, für den „Roten Morgen"	12,00
Gesamt	**97,00**

Korrespondenzen

Redaktion „ROTER MORGEN" Wellinghofer Str. 103 Postfach 30 05 26 4600 Dortmund 30

Liga-Mitglied will Albanien zum Land der Dritten Welt stempeln

Liebe Genossen!

Als bekannt wurde, daß die albanischen Genossen von der Bundesregierung keine Einreisegenehmigung erhalten, habe ich in einem Arbeitskreis der „Liga gegen den Imperialismus", in dem ich mitarbeite, vorgeschlagen, eine Protestresolution zu verabschieden. Daß der Anlaß für den Visumsantrag der albanischen Genossen die Abschlußveranstaltung des III. Parteitags der KPD/ML war, war jedoch nach Ansicht der Anwesenden „unwichtig". Einer von der „Liga" schlug vor, am Schluß der Resolution sinngemäß zu schreiben, daß die Bundesregierung vor der Alternative stehe, weiterhin im Windschatten der Supermächte zu segeln oder sich auf die Seite der Völker der Dritten Welt zu stellen. Da ich das natürlich nicht akzeptieren konnte, die anderen sich aber weigerten, diesen Satz zu streichen, kam die Resolution nicht zustande.

Rot Front!

Eine Genossin aus Offenbach.

Altenpflegeheime — Totenstätte für alte Menschen

Liebe Genossen!

Ich arbeite in der medizinischen Klinik eines städtischen Krankenhauses und bin Krankenschwester. Bei uns liegen viele ältere Menschen, oft mit chronischen Krankheiten wie z. B. Apoplexie (Halbseitenlähmung). Bei uns wird sowohl von Ärzten als auch von Schwestern immer wieder ganz offen gesagt: Wenn wir diese Patienten in ein Pflegeheim verlegen, dann sind sie in spätestens zwei Wochen tot.

Eine Übertreibung? Kürzlich hat mir eine Kollegin, die selbst in einem Pflegeheim gearbeitet hat, von den Zuständen, die dort gang und gäbe sind, berichtet:

Die meisten dieser alten Patienten müssen gefüttert werden. Weil es aber zu wenig Pflegepersonal gibt, ist das auf Grund der Arbeitsüberlastung meist nicht möglich. Noch schlimmer ist es mit dem Trinken. Viele können nicht selber trinken. Damit aber ein Patient, der selber nicht trinken kann, genügend Flüssigkeit erhält (ca. 1,5 Liter pro Tag), muß man ihm mindestens 7-8 Mal täglich zu trinken geben. Das braucht Geduld und Zeit, da im Pflegeheim Infusionen und Magensonden, um die Versorgung mit Flüssigkeit und Nahrung zu gewährleisten, nicht gegeben werden. Diese Zeit ist aber nicht da, und so müssen viele Patienten innerhalb kurzer Zeit verdursten. Was ist das anderes als Mord?

Auch an Material, sogar an Bettwäsche, wird gespart, wo es nur geht. Jede saubere Unterlage muß bei der Oberschwester geholt werden. Nur an einem wird nicht gespart, im Gegenteil: Schlafmittel und Beruhigungsmittel gibt es überreichlich. Die Patienten sollen möglichst in einem dauernden Dämmerzustand sein, dann können sie sich nicht beklagen und sind ruhig.

Rot Front!

Eine Genossin aus Stuttgart.

„Lob des Kommunismus"

Liebe Genossen!

Kürzlich spielte ich meinem Vater die Platte „Lob des Kommunismus" vor. Er ist nämlich von Beruf Musiker und sollte mal beurteilen, wie die Platte musikalisch ist. Er war ganz begeistert und meinte, sie wäre sehr gut, insbesondere die Stücke von Brecht. Das hat mich sehr gefreut, denn ich finde die Platte insgesamt hervorragend!

Rot Front! Eine Genossin aus Kassel.

Geht es den Arbeitern schlecht, freut sich der Kapitalist

Ende August wurde ich arbeitslos. Also machte ich mich auf den Weg zum Arbeitsamt. Da ich früher einmal beamteter Lehrer war, also keine Sozialbeiträge gezahlt hatte, kam Arbeitslosengeld für mich nicht in Frage, nur Arbeitslosenhilfe.

Die beantragte ich dann auch. Dazu mußte ich viele Papiere ausfüllen. Schließlich mußte ich auch das Gehalt meiner Eltern beibringen, denn es fließt in die Berechnung für Arbeitslosenhilfe mit ein. Lange habe ich dann nichts mehr vom Arbeitsamt gehört. Dann mußte ich wieder hin. Jetzt sollte ich einen Zettel ausfüllen, warum ich arbeitslos geworden bin. Erst wollte ich nicht ausfüllen, aber das muß man, sonst gibt's kein Geld. Dann mußte ich wieder warten.

Die ganze Zeit über hat uns — meine Frau war damals auch arbeitslos — das Arbeitsamt natürlich auch nicht krankenversichert. Das geschieht erst rückwirkend, falls der Antrag genehmigt wird. Einziger Ratschlag war: Man möge sich doch in der Zwischenzeit freiwillig versichern.

Nach 3 1/2 Monaten bekam ich dann endlich Bescheid. Sage und schreibe 54,60 DM wurden mir pro Woche zugebilligt! Außerdem soll mein Vater für mich zahlen, da er ausreichend verdient.

Natürlich waren wir die ganze Zeit selbst auf Arbeitssuche. Da konnte man gut sehen, wie schön die hohe Arbeitslosigkeit (in Gelsenkirchen sind es fast 7%) für die Kapitalisten ist. Wo man sich auch bewarb, gab es zig Mitbewerber. Bei einem Betrieb stellte ich mich auch vor als Getränkefahrer. Mit dem Führerschein war alles klar, aber dann wurde ich erst einmal von oben bis unten gemustert. Körperbau, Muskulatur und ähnliches, so wie wenn man Vieh einkaufen würde. Als der Getränkemensch dann noch hörte, daß ich noch nie richtig gearbeitet habe (körperlich, meinte er), schüttelte er nur den Kopf. Er hätte Erfahrungen mit Studenten früher. Die machen bei dem Schleppen der Kisten bald schlapp. Dann sagte er mir noch, daß er mir solch eine Arbeit nicht zumuten möchte (wie nett doch von ihm!), und damit konnte ich gehen.

Meine Frau bewarb sich als Serviererin in einer Kneipe. Arbeitszeit von 19 Uhr bis 1 Uhr nachts. Stundenlohn 3 DM. Wenn man dann mit der Taxe nach Hause fährt (welche Bahn fährt schon um diese Zeit!), ist der Verdienst praktisch wieder weg. Dann bewarben wir uns als Ehepaar bei einem Getränkemarkt. Arbeitszeit 12 Stunden täglich, also auch Samstag und Sonntag. Verdienst 6% vom Umsatz. Was man denn im Monat in der Hand hat? „Höchstens 1200 Mark, natürlich beide zusammen", sagten uns die, die diesen Job bisher gemacht hatten. „Außerdem fällt einem die Decke auf den Kopf, wenn man in der Bude so lange hockt", sagten sie noch. „Man braucht praktisch einen Verwandten dazu, der da noch mitmacht." Also im besten Falle 1200 : 3 gleich 400 Mark für jeden.

Schon diese kleinen Beispiele beweisen, daß das Kapital keine menschlichen Regungen hat, an die man noch appellieren könnte. Ganz im Gegenteil. Die Arbeitslosigkeit benutzen sie nur dazu, um noch mehr Werktätige als bisher ins Elend zu stürzen. Nichts anderes als die proletarische Revolution wird sie hinwegfegen können.

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

NAME ....
WOHNORT ....
STRASSE ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghoferstr. 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**

Begegnung in der Strassenbahn

Die Straßenbahn war ziemlich voll,
die Hand am Griff mußt' ich stehen.
Da sah ich zwischen den Leuten durch
einen, den ich lang nicht gesehen.

Er saß in seine Zeitung vertieft —
hieß „Fahne" oder so ähnlich.
Und als er mich über'm Zeitungsrand sah,
verzog er's Gesicht (wie gewöhnlich).

„Guten Tag, wie geht's Dir?" — sprach ich ihn an —
„Ich hab' Dich lang nicht gesehen,
auch Eure Gruppe sah ich kaum mehr
— scheint nicht gut drum zu stehen."

Er rief: „Was, Unsinn. Wir waren noch nie
so anerkannt wie heute.
Wir haben eben erst aufgetan
eine neue, hellglänzende Seite!"

Ich sagte: „Neue Seiten, mag sein! —
Doch wie steht's mit dem Glanz, dem hellen?
Ich fand, als ich neulich die ‚Fahne' las,
viel üble schwarze Stellen.

Das Reaktionäre fand ich gelobt
ohne Scheu und ohne Schranke.
Der braune Rudel war Patriot,
Demokrat war Krupinski, war Franke.

Und Honeckers landesverwiesener Sohn,
der Biermann, stand in den Seiten.
Die ‚Fahne' hielt ihm die Hand in diesen
Familienstreitigkeiten.—

Die Reaktionäre fand ich gelobt,
Faschisten und Revisionisten.
Und das Schlimme war, dies alles geschah
unter'm Namen von Kommunisten."

Der Mann mit der „Fahne" räusperte sich,
er reckte sich in die Länge.
Er hob seinen Zeigefinger und sprach:
„Du siehst das viel zu enge!

Du siehst das Land, Du siehst die Welt
durch die Revolutionsmacherbrille.
Du verstehst nicht das Flüstern der Diplomatie —
nur Klassenkampfgebrülle.

Du kennst wohl die „Drei Welten" nicht
das hochgerühmte Schema" —
(Er warf den Kopf hoch, sah mich durchdringend an
und sprach weiter zu diesem Thema).

„Deutschland gehört zur ‚Zweiten Welt' —
was soll uns da Klassenspaltung.
Wir überwinden die Klassenkluft
durch nationale Haltung.

Wir schaffen eine Einheitsfront
— speziell mit den Kapitalisten.
Ob schwarz, ob weiß — das ist doch egal
vor den Panzern der russischen Imperialisten.

Vor den russischen Panzern sind alle gleich
da muß man zusammenstehen.
Da muß der Prolet marschieren brav
in den Thyssen- und Krupp'schen Armeen. —

Und diese Idee der Einheitsfront
gewinnt Resonanz und Verbreitung
— Kürzlich erst wurden wir lobend erwähnt
in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung."

— Die Straßenbahn fuhr und er sprach und sprach
eine Worte sprudelnde Quelle.
Beinahe hätte er übersehen
die Straßenbahnhaltestelle.

Er stürzte hoch und lief zur Tür,
ging ohne Gruß (wie gewöhnlich).
Unter'm Arm hatte er seine Zeitung geklemmt
— hieß „Fahne" oder so ähnlich.

— Und wie er aus der Türe trat,
da blies ihm der Wind in die Breite
und trug ihm seine „Fahne" hoch,
entfaltend jede Seite.

Es wehte der Wind, glaub' ich, von rechts, —
von dort, wo die großen Gebäude erstrahlen,
die Bankpaläste, die Vorstandsetagen,
die Kapitalkommandozentralen.

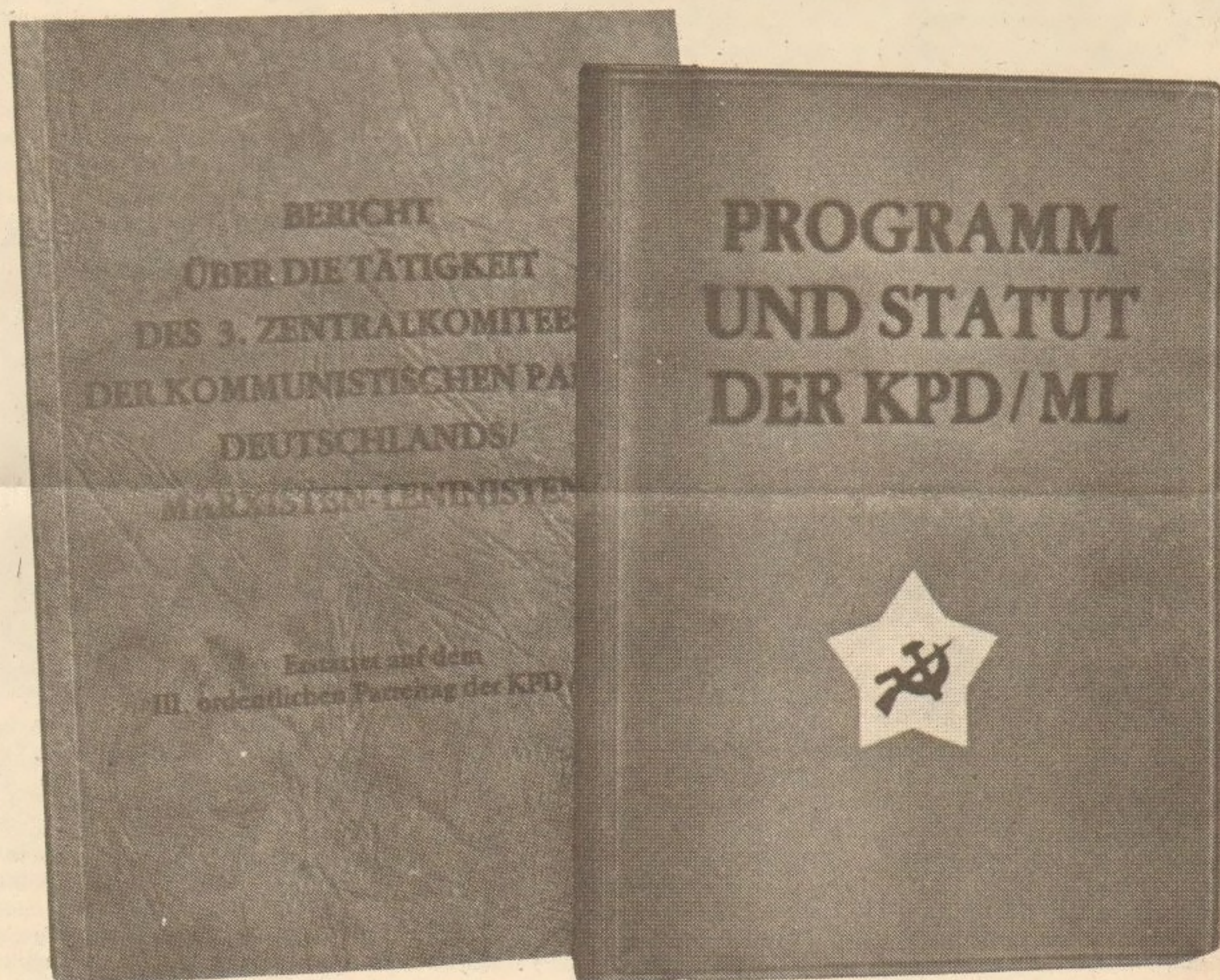
Die Zeitung, die „Fahne", trieb in dem Wind,
in die Höhe und kreuz und quer;
mit ausgestreckten Armen lief
ihr Besitzer hinter ihr her.

Und jeder Stoß und jeder Hauch
ließ erneut die „Fahne" sich drehen.
Und mit ihr drehte sich der Kerl,
erbärmlich anzusehen . . .

— die Leute rings verfolgten den Tanz
erstaunten, belustigten Blicks.
Da setzte sich die Tram in Fahrt,
ließ „Fahne" und Kerl zurück.

Ein Genosse aus Bochum.

Dokumente des III. Parteitages der KPD/ML



Programm und Statut der KPD/ML, beschlossen vom III. ordentlichen Parteitag der KPD/ML. 304 Seiten, Format A 6, flexibler Plastikeinband, Preis DM 5,00

Bericht über die Tätigkeit des 3. Zentralkomitees der KPD/ML, erstattet auf dem III. ordentlichen Parteitag der KPD/ML. Aus dem Inhalt: * Die internationale Lage * Zur Lage in Deutschland * Feuer auf den Verrat des modernen Revisionismus * Aufbau und Kampf der Partei — Rückblick auf die Zeit seit dem II. ordentlichen Parteitag * Die nächsten Kampfaufgaben der Partei * Über das Programm der Partei. 134 Seiten, broschiert, Preis DM 4,00

Bestellungen an: GEWISO-Buchvertrieb, 2000 Hamburg 11, Postfach 11 16 49

"Zeri i Popullit" zum III. Parteitag der KPD/ML

'Parteitag des revolutionären Handelns - Ausdruck der internationalistischen Einheit'

Vor einiger Zeit wurde der III. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten abgehalten. Vor knapp zwei Wochen fand in Ludwigshafen, organisiert von der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten, eine machtvolle internationalistische Veranstaltung statt, an der zahlreiche marxistisch-leninistische Bruderparteien teilnahmen.

Die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten kam zu ihrem Parteitag mit einer reichen revolutionären Bilanz. Seit dem letzten Parteitag hat sie die Zahl ihrer Mitglieder vervielfacht und ihre militante Aktivität nicht nur in Westdeutschland erweitert, sondern auch auf Ostdeutschland ausgedehnt, wo die Sektion DDR der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten gegründet wurde.

Der Parteitag der deutschen Marxisten-Leninisten diskutierte und verabschiedete das Programm der Partei, das die Aufgaben, die Strategie und Taktik der Partei in der augenblicklichen Etappe enthält. Wie es in dem Kommunique des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten heißt, hat der Parteitag die marxistisch-leninistische Linie der Partei verteidigt, zusammengefaßt und weiterentwickelt. Dies war lebendiger Ausdruck der auf den Prinzipien des Marxismus-Leninismus beruhenden Einheit und Geschlossenheit der Partei und ein schwerer Schlag gegen den modernen Revisionismus und den Opportunismus.

Die Kommunistische Partei Deutschlands / Marxisten - Leninisten unterstrich auf dem Parteitag, daß ebenso wie in der Deutschen Bundesrepublik und in Westberlin auch in der DDR der Hauptwiderspruch der Gesellschaft der zwischen Proletariat und Bourgeoisie ist, dem alle anderen Widersprüche untergeordnet sind. Auf dieser Grundlage hat die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten auch ihr konsequentes Programm aufgebaut, um durch den Sieg der sozialistischen Revolution in beiden deutschen Staaten ein vereintes, unabhängiges und sozialistisches Deutschland zu erreichen.

Die Kommunistische Partei Deutschlands / Marxisten - Leninisten schreitet auf dem ruhmreichen, konsequenten revolutionären Weg der hervorragenden Führer des deutschen Proletariats. Wie Ernst Thälmann gesagt hat, geht der Weg zur nationalen Befreiung über den Weg der sozialen Befreiung. Von diesem Standpunkt aus ist auch die Haltung zur nationalen Frage im Programm bestimmt. Sich der Schwierigkeiten und Opfer bewußt, im kompromißlosen Kampf gegen die innere und äußere Reaktion, die Christdemokraten und die Sozialiberalen in der Deutschen Bundesrepublik und die Revisionisten in der DDR, gegen die imperialistischen Supermächte, die die Verewigung der Besatzung Deutschlands anstreben, gegen den modernen Revisionismus und den Opportunismus in allen ihren Spielarten arbeitet die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten entschlossen an allen Fronten.

Auf dem Gebiet der internationalen Probleme, unterstreicht die Zeitung „Zëri i Popullit", bestimmte der III. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten klar die Linie des entschlossenen und frontalen Kampfes gegen die beiden größten und gefährlichsten Feinde der Revolution, des Sozialismus und der Völker, den USA-Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus sowie gegen die Werkzeuge ihrer aggressiven und räuberischen Politik, die NATO und den Warschauer Pakt, die EWG und den RGW. Die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten, die am proletarischen Internationalismus festhält, leistete und leistet ihren Beitrag zur Stärkung der marxistisch-leninistischen Weltbewegung. Auch auf ihrem III. Parteitag unterstrich sie bei der Behandlung des Problems der revolutionären Zusammenarbeit der marxistisch-leninistischen Parteien, daß, diesen Weg zu beschreiten, zur Stärkung der Einheit und Geschlossenheit der marxistisch-leninistischen Parteien führt und dem modernen Revisionismus und den Opportunisten die Schläge versetzt, die sie verdienen.

Die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten wiederum hatte und hat die internationalistische Unterstützung der marxistisch-leninistischen Bruderparteien. Lebendiges Zeugnis dieser kämpferischen Einheit war auch die Veranstaltung, die dieser Tage in Ludwigshafen stattfand. Die Grußansprachen der marxistisch-leninistischen Parteien auf der Abschlußveranstaltung und die Grußbotschaften, die dem III. Parteitag von einer Reihe marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen Europas, Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gesandt wurden, waren für die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten eine brüderliche Unterstützung von hohem internationalistischen Geist. Die teilnehmenden Delegationen tauschten ebenfalls konkrete Erfahrungen des Kampfes in ihren Ländern gegen die bürgerlichen und faschistischen Regime aus, gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung, gegen den Imperialismus und Sozialimperialismus, gegen den Revisionismus, Opportunismus und die Reaktion.

Das albanische Volk und seine Partei der Arbeit Albaniens begrüßen erfreut den erfolgreichen Abschluß des III. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten. Wir sind überzeugt, daß, wie es auch in der Botschaft des Zentralkomitees der PAA heißt, der III. Parteitag die Partei noch mehr festigen wird, daß sie ihre führende Rolle im revolutionären Kampf des deutschen Proletariats gegen die kapitalistische und revisionistische Ausbeutung und Unterdrückung, für den Triumph des Sozialismus und der Diktatur des Proletariats weiter verstärken wird, daß der III. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten - Leninisten den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen in beiden deutschen Staaten noch mehr vorantreiben und so einen noch größeren Beitrag zur gemeinsamen Sache der Revolution und des Sozialismus in der Welt leisten wird.

Konsequent in ihrer feindlichen Haltung gegenüber dem albanischen Volk erteilten die Bonner Regierungsleute der Delegation der PAA, die die internationalistische Abschlußveranstaltung zum III. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten - Leninisten in Ludwigshafen begrüßen wollte, kein Visum.

Doch niemand kann die brüderliche Zusammenarbeit zwischen den marxistisch-leninistischen Bruderparteien, die Kampfeinheit und die internationalistische Solidarität unter ihnen verhindern. *„Die Bourgeoisie und die Revisionisten"*, sagte Genosse Enver Hoxha auf dem 7. Parteitag der PAA, *„hätten es gerne, daß unsere Partei die jungen marxistisch-leninistischen Parteien nicht unterstützt und ihnen nicht hilft. Dazu wird es aber niemals kommen." „Die internationale Arbeiterklasse und die marxistisch-leninistischen Parteien"*, erklärte Genosse Enver Hoxha, *„alle gegen die Supermächte, die Bourgeoisie und die Reaktion kämpfenden Völker hatten in der PAA, in der albanischen Arbeiterklasse und im albanischen Volk einen treuen Verbündeten, eine sichere Stütze und Hilfe und werden sie stets haben."*



Auf der Abschlußveranstaltung des III. Parteitages: Nach dem Singen der Internationale fassen sich alle Delegationen an den Händen. Ein Ausdruck der Einheit und Geschlossenheit der marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen.

Die albanischen Kommunisten, unser ganzes Volk begrüßen die marxistisch-leninistischen Parteien, die an der von der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten in Ludwigshafen organisierten Veranstaltung teilgenommen haben. Das Treffen der Delegationen dieser Parteien auf dieser Veranstaltung sowie auch das vor kurzem von der Kommunistischen Partei Italiens/ Marxisten-Leninisten organisierte Treffen in Rom, besonders die multilateralen. Beratungen der Bruderparteien wie die der marxistisch-leninistischen kommunistischen Parteien Lateinamerikas und ähnliche sind sehr wichtige Formen, um ihre Einheit und kämpferische internationalistische Zusammenarbeit im gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind zu stärken. Diese wie auch andere Formen der internationalistischen Zusammenarbeit sind notwendig, weil auch die internationale Reaktion, Imperialismus, Sozialimperialismus, Bourgeoisie und Revisionismus auf konterrevolutionärer Grundlage zusammenarbeiten, und zwar in vielfältigen Formen, offen und insgeheim, durch bilaterale Beratungen oder sogar durch international genannte regelmäßige Beratungen. Die Supermächte und die gesamte Weltreaktion haben ein ganzes System von militärischen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Organismen und Einrichtungen geschaffen, durch die sie ihre konterrevolutionäre Aktivität koordinieren, deren Hauptziel es ist, den Sozialismus zu zerstören, die Revolution abzuwürgen, das Sklavensystem der Ausbeutung und Unterdrückung zu verewigen.

Dieser allseitigen Organisierung und diesem allseitigen Angriff der gesamten Reaktion müssen die Revolutionäre, vor allem die wahren marxistisch-leninistischen Parteien, ihren vereinten und entschlossenen Kampf an allen Fronten entgegenstellen. Der proletarische Internationalismus, die Einheit und Zusammenarbeit, ihre gemeinsamen Bemühungen sind unersetzliche Waffen in den heftigen Schlachten gegen die Bourgeoisie, den Imperialismus und Sozialimperialismus, die Reaktion aller Schattierungen, die Revisionisten jedes Schlages, gegen alle unsere gemeinsamen Feinde auf dem großen Weg der Revolution.

Die marxistisch-leninistische Presse über den III. Parteitag der KPD/ML

Germania: manifestazione per il 3.o Congresso del KPD/ML

PORTATO DAL COMPAGNO FOSCO DINUCCI

Il saluto del nostro Partito

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità

SUL RIFIUTO DELLA R.F.T. DI RILASCIARE IL VISTO A UNA DELEGAZIONE DEL PARTITO DEL LAVORO D'ALBANIA

Risoluzione dei partiti presenti alla manifestazione

Ζήτω τὸ 3° συνέδριο τοῦ Κ.Κ. Γερμανίας (μ-λ)

ΠΡΟΛΕΤΑΡΙΑΚΗ ΣΗΜΑΙΑ

"Atitude agressiva do imperialismo alemão"

Bandeira Vermelha

Die Zentralorgane der marxistisch-leninistischen Parteien Italiens, Portugals und Griechenlands berichteten in ihren letzten Ausgaben über die öffentliche Abschlußveranstaltung zum III. Parteitag der KPD/ML und veröffentlichten die von den auf der Veranstaltung durch ihre Delegationen vertretenen Parteien verabschiedete Resolution gegen das Einreiseverbot der Delegation der Partei der Arbeit Albaniens unter Führung des Genossen Foto Çami.

Berichte über den III. Parteitag der KPD/ML in „Radio Tirana" Nr. 4



Radio Tirana berichtete in insgesamt drei Sendungen ausführlich über den III. Parteitag der KPD/ML und die öffentliche Abschlußveranstaltung des Parteitages in Ludwigshafen. Die erste Sendung brachte Auszüge aus dem Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPD/ML, die zweite Sendung berichtete mit Originalmitschnitten über die Rede des Genossen Ernst Aust auf der Abschlußveranstaltung zum III. Parteitag und die Grußadresse des ZK der PAA an den III. Parteitag der KPD/ML. In der dritten Sendung wurde — ebenfalls mit Originalmitschnitten — über die Grußadressen berichtet, die die auf der Abschlußveranstaltung anwesenden Delegationen der Bruderparteien und -organisationen an den III. Parteitag der KPD/ML richteten. Alle diese Materialien, einschließlich des in dieser Nummer des „Roten Morgen" abgedruckten Artikels des Zentralorgans der PAA, „Zëri i Popullit", finden Sie in der Nummer 4 von „Radio Tirana".

Abonnieren Sie „Radio Tirana"

14tägig erscheinendes aktuelles Nachrichtenbulletin des einzigen sozialistischen Senders in Europa.

• Auswahl der wichtigsten in diesem Zeitraum ausgestrahlten deutschsprachigen Sendungen von Radio Tirana; • Berichte über den Aufbau des Sozialismus in Albanien; • Albaniens Ansichten in internationalen Fragen; • Theoretische Artikel; • Wichtige Erklärungen und Dokumente.

Im Jahresabonnement 26 DM, Halbjahresabonnement 13 DM, Einzelheft nur noch 1,-- DM. Inhaltsverzeichnisse 1975 und 1976, 1. und 2. Halbjahr: 1,-- DM, für Abonnenten kostenlos.

Zu bestellen bei: ROTFRONT-VERLAG, Postfach 3746, 2300 Kiel 1. Telefon: 0431 / 6 19 06.

Aus aller Welt

SPANIEN/URUGUAY

Laut Angaben von „Vanguardia Obrera“, Zentralorgan der KP Spaniens/ML, hat vor kurzem ein Treffen zwischen Vertretern der Zentralkomitees der Revolutionären Kommunistischen Partei Uruguays und der KP Spaniens/ML stattgefunden. Bei diesem Treffen, das von einer brüderlichen Atmosphäre der Solidarität gekennzeichnet war, tauschten beide Seiten Informationen, Arbeitserfahrungen und Ansichten über Fragen gemeinsamen Interesses, über die internationale Lage, über Ereignisse in ihren jeweiligen Ländern und über die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Bewegung aus. Zum Abschluß des Treffens wurde eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht, in der die Verbindungen und die Einheit zwischen den beiden Bruderparteien bekräftigt werden. Beide Parteien unterstreichen in der Erklärung, daß die Entwicklung der kämpferischen Einheit der wirklichen Marxisten-Leninisten auf der Grundlage der Prinzipien des proletarischen Internationalismus eine Grundbedingung für den Fortschritt der Revolution auf allen Kontinenten ist. Beide Parteien bekräftigen, daß der gemeinsame Hauptfeind der beiden Länder der USA-Imperialismus ist. Der Kampf, den die beiden Parteien gegen den USA-Imperialismus führen, ist Teil des Kampfes gegen den Hegemonismus der beiden Supermächte, des USA-Imperialismus und des sowjetischen Sozialimperialismus. Der bewaffnete Kampf der Massen ist der einzige Weg, um die nationale und soziale Befreiung zu erreichen. Der revolutionäre Kampf erfordert die koordinierte Solidarität der Völker. Doch der entscheidende und der Hauptfaktor ist der Kampf, den das Volk in einem jeden Land, gestützt auf die eigenen Kräfte führt. Zum Abschluß würdigen die beiden Parteien den 7. Parteitag der PAA und insbesondere den Rechenschaftsbericht des Genossen Enver Hoxha als einen außerordentlichen Beitrag zur Klärung der Perspektiven der Revolution in der gegenwärtigen internationalen Lage.

SPANIEN

Die in Caravaca eingekerkerten Kämpfer der FRAP veröffentlichten vor kurzem ein an die Öffentlichkeit gerichtetes Kommuniqué, in dem es unter anderem heißt: „Die politischen Gefangenen der FRAP, die in Caravaca eingekerkert sind, begrüßen den Kampf, den das ganze Volk unter der Losung führt: Volle Amnestie! Der Francismus, der heute von der Bourbonenmonarchie mit einer finsteren Geschichte der Unterdrückung und Verfolgung des Volkes repräsentiert ist, versucht, während er die Repression fortsetzt, sich andererseits mit einem großen Zynismus eine demokratische Maske aufzusetzen, um das Denken des Volkes in die Irre zu führen und zu manipulieren.“ Anschließend heißt es in dem Kommuniqué, daß die eingekerkerten Kämpfer der FRAP niemals vergessen können, daß der Faschismus an der Macht ist.

PORTUGAL

„Bandeira Vermelha“, Zentralorgan der Kommunistischen Partei Portugals (Wiederaufgebaut) veröffentlichte in seiner Ausgabe vom 9. Februar auf der ersten Seite die Presseerklärung unserer Partei gegen das Einreiseverbot für die Delegation der PAA, die am III. Parteitag der KPD/ML teilnehmen wollte, durch die Bundesregierung.

ITALIEN

Um die Verbindungen mit der Arbeiterklasse zu erweitern und ihre Einheit im antimonopolistischen Kampf zu verstärken, wurde vor kurzem in Oleggio ein Treffen zwischen Vertretern der KP Italiens/ML und verschiedenen Werktätigen, Delegierten der Fabrikräte und anderen Arbeitern der Industriezentren des Nordens organisiert. Auf diesem Treffen wurden die jüngsten arbeiterfeindlichen Pläne der italienischen Unternehmer scharf verurteilt, mit denen sie die Folgen der zunehmenden Wirtschaftskrise auf die italienischen werktätigen Massen abwälzen wollen. Auf dem Treffen sprach auch Genosse Fosco Dinucci, Generalsekretär der KPI/ML. Er rief alle Mitglieder der Partei, alle revolutionären Arbeiter und Werktätigen auf, dafür zu kämpfen, daß die Fabrikräte zu wahren Vertretern der Interessen der Arbeiterklasse und zu Instrumenten ihres Klassenkampfes werden, um sich der promonopolistischen Linie zu widersetzen, die die bürokratischen Gewerkschaftsführer verfolgen und um die Partei, ihre Aktion und ihre führende Rolle an der Spitze des Kampfes der werktätigen Massen Italiens zu verstärken.

KAMPUCHEA

Das Außenministerium der Regierung des Demokratischen Kampuchea hat vor kurzem eine Erklärung gegen die Übergriffe der thailändischen Behörden, gegen ihre ständigen Provokationen und aggressiven Handlungen gegen das Demokratische Kampuchea veröffentlicht. Seit dem Staatsstreich am 6. Oktober 1976, wird in der Erklärung hervorgehoben, „haben die faschistischen Militaristen in Thailand zahllose militärische Zwischenfälle herbeigeführt und ihre aggressiven Aktivitäten gegen das Demokratische Kampuchea zu Lande, auf der See und in der Luft verstärkt.“ In der Erklärung wird außerdem die Tatsache verurteilt, daß die thailändische Regierung Banden von Verrätern unterhält und organisiert, die das Demokratische Kampuchea überfallen und Aggressionen verüben. Aus einer beigefügten Aufstellung geht hervor, daß die thailändischen Faschisten seit dem 29. Dezember vergangenen Jahres insgesamt 16 militärische Zwischenfälle inszeniert haben. Bei allen diesen Zwischenfällen drangen thailändische Soldaten entweder direkt in das Gebiet Kampucheas ein oder beschossen es von der thailändischen Seite mit Artillerie.

SPANIEN

Unser Bild zeigt die Demonstration in Madrid am 16. Januar für die Freilassung der politischen Gefangenen, an der sich 3 000 Menschen beteiligten. Inmitten der Demonstranten tauchte plötzlich die Fahne unserer Bruderpartei, der KP Spaniens/ML auf.



NIEDERLANDE

In den Niederlanden finden zur Zeit die größten Streiks seit dem Ende des zweiten Weltkrieges statt. Im Kampf stehen unter anderem die Hafenarbeiter von Rotterdam, die Arbeiter von VFW-Vokker, von Philips und die Arbeiter von Bus und Bahn in Amsterdam und Rotterdam. Um die Streiks zu unterdrücken, hat die niederländische Regierung ein praktisches Streikverbot ausgesprochen. Die Arbeiter lassen sich aber dadurch ncht einschüchtern und setzen ihren Kampf fort.

Kampf dem Atomvertrag Bonn-Brasilien

Dieser Tage reisen erneut zwei Bonner Staatsekretäre nach Brasilien, um über die Abwicklung des Atom-Geschäfts zu verhandeln, das zwischen den faschistischen Generälen Brasiliens und den westdeutschen Imperialisten vereinbart worden ist. Wie wir bereits berichteten, hat das Abkommen, in dessen Rahmen die westdeutschen Imperialisten acht Atomkraftwerke, Aufbereitungsanlagen usw. in Brasilien für rund zehn Milliarden Dollar errichten wollen, zu internationalen Streitereien geführt. Neben den sowjetischen Sozialimperialisten, die Protest erhoben, haben vor allem die US-Imperialisten versucht und versuchen noch, dieses Geschäft zu torpedieren.

Unser Standpunkt zu dem Bonner Atom-Geschäft mit der brasilianischen Diktatur ist klar und eindeutig: Wir lehnen dieses Geschäft entschieden ab und bekämpfen sein Zustandekommen. Denn dieser Vertrag dient weder dem brasilianischen noch unserem Volk, sondern allein den westdeutschen Imperialisten und der faschistischen Generalsclique, der brasilianischen Großbourgeoisie.

Nun gibt es aber Leute, die sagen, es wäre die Aufgabe, die westdeutschen Imperialisten und die faschistischen Generäle Brasiliens bei der Erfüllung ihres Abkommens zu unterstützen. Das Argument, das dafür ins Feld geführt wird, lautet: Der Vertrag würde das Atommonopol der beiden Supermächte USA und Sowjetunion durchbrechen helfen, würde die Supermächte schwächen und den westdeutschen Imperialismus wie auch die brasilianische Reaktion gegenüber den beiden Supermächten erstarken lassen, was eine gute Sache sei.

Doch dieses Argument ist falsch und gefährlich, da es nicht vom Kampf der Völker, von ihren Interessen ausgeht, sondern die zwischenimperialistischen Widersprüche zur Grundlage der Politik macht.

Was bedeutet denn das Zustandekommen dieses Vertrags für die westdeutschen Imperialisten? Es bedeutet zum einen schlicht und einfach einen ungeheuren Profit auf Kosten des brasilianischen Volkes, denn es geht bei dem Geschäft um nicht weniger als rund 10 Milliarden Dollar. Doch es geht bei weitem nicht nur um Profit, sondern vor allem auch um imperialistische Macht. Denn der Vertrag sieht weiterhin vor, daß die westdeutschen Imperialisten, die ihr „know how“ vorschieben, die Energie des Landes weitgehend unter ihre Kontrolle bekommen. Darüber hinaus haben sie sich ausbedungen, an der Erforschung, Prospektierung und Ausbeutung der reichen Uran-Vorkommen Brasiliens beteiligt zu werden. Das heißt, daß der westdeutsche Imperialismus, der jetzt schon nach den US-Imperialisten der zweitgrößte imperialistische Räuber in diesem Land ist, noch stärker die Reichtümer des brasilianischen Volkes plündern will — und es bedeutet zugleich, daß der westdeutsche Imperialismus seine Bedingungen, Atomwaffen herzustellen, weiter verbessern würde. Und das soll die deutsche Arbeiterklasse unterstützen? **Das hieße nichts anderes als in chauvinistischer Manier die Bonner imperialistischen Abenteuer zu unterstützen und dem westdeutschen Imperialismus bei der Verwirklichung seiner Weltherrschaftspläne, von denen er im Schatten der beiden Supermächte USA und Sowjetunion vorerst noch träumt, zu helfen. Eine solche Politik hieße unter der Fahne des angeblichen Kampfes gegen die beiden Supermächte und ihr Atommonopol den proletarischen Internationalismus zu liquidieren und sich selbst zum Knecht des Imperialismus zu machen.**

Andererseits: Was bedeutet die Verwirklichung des Abkommens für das brasilianische Volk? Würde das Abkommen diehängigkeit und Souveränität des Landes stärken? Keineswegs, sondern es würde statt der amerikanischen Kontrolle die der westdeutschen Imperialisten verstärken. Das aber kann niemals das Ziel und die Aufgabe eines Volkes sein, das im bewaffneten Kampf gegen jeglichen Imperialismus und innere Reaktion steht, im Kampf für seine vollständige Befreiung. Daher heißt es auch in einer Erklärung unserer Bruderpartei, der Kommunistischen Partei Brasiliens: *„Kein wirklicher Patriot kann mit den Bedingungen des Vertrags übereinstimmen und seine schlimmen Folgen akzeptieren.“ „Der Vertrag ist eine Rückkehr in größere Abhängigkeit, und nicht ein Schritt zur nationalen Souveränität.“* Was die demagogischen Losungen der brasilianischen Großbourgeoisie über Souveränität anbelangt, die angeblich durch das Atom-Abkommen gestärkt werde, stellt die KP Brasiliens fest: *„Hierhinter verbirgt sich grundsätzlich, daß mit Hilfe eines solchen kostspieligen und antipatriotischen Projekts die Bedingungen geschaffen werden, die die Herstellung einer Atombombe ermöglichen. Das nennen die Militärs ‚Festigung der Souveränität‘. Sie sind wild nach Macht, militärischer Kraft, Modernisierung der Bewaffnung, auf den Besitz der Atombombe als Element ihres Aufstiegs, selbst wenn die Gegenwart und die Zukunft Brasiliens dafür geopfert wird.“ „ Der Atomvertrag“*, heißt es in der Erklärung abschließend, *„ist ein Verbrechen gegen unser Volk und unser Land!“*

Der Kampf gegen die beiden imperialistischen Supermächte, gegen den USA-Imperialismus wie den russischen Sozialimperialismus, ist angesichts der heutigen Lage in der Welt von außerordentlicher Bedeutung, denn sie sind beide die wildesten und gefährlichsten Feinde der Völker. Auch der Kampf gegen ihr Atommonopol ist zweifellos von großer Bedeutung. **Doch muß dieser Kampf von den Positionen des Kampfes gegen den Imperialismus, gegen jeglichen Imperialismus geführt werden und muß die Interessen der Völker und die Interessen des internationalen Proletariats zum Ausgangspunkt haben.** Ein anderer Standpunkt aber, der den Kampf gegen die beiden Supermächte nicht von den Interessen der Völker, sondern von den Interessen der imperialistischen Konkurrenten beider Supermächte, wie dem westdeutschen Imperialismus, aus betrachtet, ist Verrat am Kampf des deutschen wie des brasilianischen Volkes gegen Imperialismus **und Reaktion, bedeutet Verrat am proletarischen Internationalismus.**

Vance, Genscher und Co. im Nahen Osten

Neue Komplotte gegen die arabischen Völker

Die Länder des Nahen Ostens waren in den letzten Tagen und Wochen Ziel zahlreicher Reisen von hohen Abgesandten des Imperialismus und Sozialimperialismus. In Kairo, Damaskus, Beirut, Amman und Tel Aviv gaben sich die Außenminister der Bundesrepublik, Frankreichs, der USA, UNO-Generalsekretär Waldheim und eine Delegation der sowjetischen Sozialimperialisten unter der Leitung des Leiters der Nahostabteilung im sowjetischen Außenministerium, Sitenko, die Klinke in die Hand.

Angeblich waren sie alle gekommen, um das „Nahostproblem“ zu lösen und „Frieden zu stiften“. In Wirklichkeit konzentrierten sich alle ihre Anstrengungen darauf, sich in diesem Raum strategische, militärische, politische und wirtschaftliche Privilegien zu sichern und vor allem den Kampf des palästinensischen Volkes für die Befreiung seiner Heimat zu unterdrücken.

Dies gilt insbesondere für die beiden imperialistischen Supermächte, den amerikanischen Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus, denen es hauptsächlich um das Erdöl geht.

Das Haupthindernis für die Pläne der Imperialisten und besonders der beiden Supermächte im Nahen Osten ist der Befreiungskampf des palästinensischen Volkes. In einem Punkt sind sie sich deshalb alle einig: Alles zu tun, um diesen Kampf zum Erliegen zu bringen, sei es durch brutale Gewalt oder durch die Sabotage und Zersetzung dieses Kampfes von innen heraus, durch allseitigen Druck und Erpressungen, um das palästinensische Volk zur Kapitulation zu zwingen.

Die Bemühungen der amerikanischen Imperialisten konzentrieren sich zur Zeit auf zwei Punkte. Bei seiner Rundreise durch den Nahen Osten erklärte der amerikanische Außenminister Vance, ihm komme es vor allem darauf an, die formelle Anerkennung des Existenzrechts Israels durch die Palästinenser zu erzwingen. Im „Gegenzug“ seien die amerikanischen Imperialisten bereit, den Palästinensern ein Stückchen Land auf dem Westufer des Jordan zu geben, auf dem sie einen „selbständigen Staat“ errichten sollen. Dieser Plan ist ein teuflisches Komplott gegen den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes. **Seine Annahme würde die Unterzeichnung der vollständigen Kapitulation vor den israelischen Zionisten, dem Imperialismus und Sozialimperialismus bedeuten, den Verzicht darauf, für die Rückkehr in seine Heimat, die von den israelischen Zionisten besetzt ist, zu kämpfen.** Das palästinensische Volk lehnt diesen Plan, der auch von den sowjetischen Sozialimperialisten unterstützt wird, deshalb vollkommen ab. Es wird den Kampf für die Befreiung seiner Heimat niemals in die Hände der beiden Supermächte legen. Es wird sich niemals sein Schicksal auf einer von den Imperialisten, den israelischen Zionisten und den arabischen Reaktionären organisierten Konferenz in Genf oder anderswo diktieren lassen.

Die arabischen Völker und insbesondere das palästinensische Volk können ihr Schicksal aber auch nicht in die Hände irgendeiner anderen imperialistischen Macht oder der EWG legen. Bekanntlich haben die westeuropäischen Imperialisten in der letzten Zeit zahlreiche Initiativen gestartet, um ihren Einfluß im Nahen Osten zu erhöhen. Diese Initiativen sind mit den amerikanischen Imperialisten abgestimmt, zugleich aber verfolgen die Imperialisten der EWG ihre eigenen neokolonialistischen Ziele. Genau in diesem Rahmen hat auch die Reise Genschers in den Nahen Osten stattgefunden. Die westdeutschen Imperialisten unterstützen nicht nur die Pläne Washingtons, sondern verfolgen auch, wie nicht zuletzt die Beteiligung einer Reihe von Vertretern westdeutscher Monopole und Großbanken an der Reise zeigt, selbst das Ziel, ihren Einfluß in dieser Region zu verstärken. Wer die neokolonialistischen Aktivitäten des westdeutschen Imperialismus und der EWG unterstützt, weil diese angeblich das „Übergewicht der Supermächte“ bricht, und sogar, wie es die „Rote Fahne“ Nr. 7/77 tut, bemängelt, daß sich Genscher einer „aktiven Rolle der BRD im Nahen Osten“ enthalten hat, verdreht nicht nur die Tatsachen, sondern ist zugleich auch auf die Position offener Sozialchauvinisten herabgesunken. Wir machen diesen Verrat nicht mit. Wir unterstützen voll und ganz den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes, den es mit dem Gewehr in der Hand gegen den Imperialismus und vor allem die zwei Supermächte, gegen den israelischen Zionismus und die arabische Reaktion führt, um seine Heimat zu befreien. **Es gibt keinen anderen Weg, auf dem das palästinensische Volk siegen und seine Freiheit und Unabhängigkeit erringen könnte.**



Spanien

Bandeira Vermelha
ÓRGÃO CENTRAL DO PARTIDO COMUNISTA PORTUGUÊS (RECONSTRUÍDO)

Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus“ (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus, 2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49.**

Italien





Iran



PROLETAIRES DE TOUS LES PAYS, NATIONS ET PEUPLES OPPRIMES, UNISSEZ-VOUS! N°

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Ekuador

Kampf der Volksmassen gegen den Imperialismus und seine Lakaien

Im November 1976 besuchte der ekuadorianische Minister für Handel, Wirtschaft und Integration an der Spitze einer Delegation hoher Regierungsbeamter die Bundesrepublik. Er folgte damit einer Einladung der Bonner Regierung und des damaligen Chefs des Verbandes der Monopolkapitalisten, BDI, Sohl. Der Besuch dokumentierte die Gier der westdeutschen Imperialisten, die Naturreichtümer Ekuadors noch mehr als bisher auszuplündern und die Ausbeutung der Arbeiterklasse Ekuadors noch mehr zu verstärken.

Nach den amerikanischen Trusts und Konzernen sind die westdeutschen Imperialisten heute die größten ausländischen Ausbeuter, die dem Volk von Ekuador im Nacken sitzen. Beliefen sich die Investitionen westdeutscher Monopole in Ekuador im Jahr 1974 noch auf 10 Millionen DM, sind während und nach dem Besuch des Ministers für Handel, Wirtschaft und Integration zahlreiche neue Projekte beschlossen worden, von denen sich die Thyssen und Co. Riesenprofite versprechen. Zu diesen Projekten gehören unter anderem der Bau eines integrierten Stahlwerks durch Thyssen, einer Zementfabrik durch Dykkerhoff, einer Furfurolfabrik durch Klöckner und nicht zuletzt der Bau eines Montagewerks für LKWs und PKWs durch VW und Daimler Benz. Die großen westdeutschen Chemiemonopole wie Bayer und Hoechst haben schon seit längerem Niederlassungen in Ekuador. Die westdeutschen und anderen ausländischen Monopole, die nach Ekuador kommen, um die Arbeiterklasse auszubeuten, erhalten von den herrschenden Kreisen des Landes zahlreiche Vergünstigungen, die ihnen zusätzliche Profite garantieren. So hat die Regierung von Ekuador erst kürzlich ein Gesetz erlassen, das den ausländischen Monopolen jahrelange Steuerfreiheit garantiert. Diese und ähnliche Garantien und die unerhörte brutale Ausbeutung der Arbeiter in den Betrieben verschaffen den Monopolen riesige Profite. Um nur ein Beispiel zu nennen: **In dem Zweigbetrieb des deutsch-niederländischen Monopols Enka-Glanzstoff in Ekuador beträgt der durchschnittliche Monatsverdienst eines Arbeiters ganze 150 DM.**

Die westdeutschen Imperialisten begnügen sich jedoch nicht mit der Ausplünderung der Naturreichtümer und der Ausbeutung der Arbeiter Ekuadors. Parallel dazu beteiligen sie sich an der Unterdrückung des Kampfes der werktätigen Massen Ekuadors, an seiner Sabotage und Zersetzung von innen heraus. So ist es ihnen gelungen, eine der gelben Gewerkschaften des Landes, die katholische CEDOC, unter ihre Kontrolle zu bekommen. Die Führer dieser gelben Gewerkschaft arbeiten eng mit der reaktionären Konrad-Adenauer-Stiftung in der Bundesrepublik zusammen und werden von ihr ausgehalten.

Die westdeutschen Imperialisten sind gierige Räuber, erbitterte Feinde des Volkes von Ekuador. Ihr einziges Interesse gilt dem Profit, der Vergrößerung ihrer Macht und ihres Einflusses auf Kosten der Lebensinteressen der breiten Volksmassen Ekuadors. Um sein Vaterland vom Joch des Imperialismus zu befreien, kämpft das Volk von Ekuador unter der Führung seiner marxistisch-leninistischen Partei, der KP Ekuadors/ML, auch gegen die westdeutschen Imperialisten, um diese Räuber ein für allemal vom Boden seiner Heimat zu verjagen.

Die Wallstreet-Monopole beherrschen Ekuador

Die westdeutschen Imperialisten sind gefährliche und erbitterte Feinde des Volkes von Ekuador, aber sie sind nicht die vorherrschende imperialistische Macht im Land. Die größten Blutsauger, die den werktätigen Massen Ekuadors im Nacken sitzen, die größten Räuber der Reichtümer des Landes sind die Monopole der Wallstreet, die amerikanischen Imperialisten. Besonders seitdem in Ekuador reiche Erdölvorkommen entdeckt worden sind, die das Land zum zweitgrößten Erdölproduzenten des lateinamerikanischen Kontinents gemacht haben, ist ihre Raffgier noch stärker, die Last, die auf den Werktätigen Ekuadors lastet, noch größer geworden. Die Abhängigkeit Ekuadors besonders von dem amerikanischen Erdölkonzern Texaco-Gulf ist so groß, daß das Land im Volksmund bereits den Namen „Texacor" bekommen hat.



Am 11. Februar versammelten sich Tausende von Menschen in der Stadt Ambato und forderten die Vertreibung des US-Ölkonzerns „Texaco" aus dem Land. Diese wichtige Versammlung diente zugleich als Auftakt für Aktionen im ganzen Land gegen die Ausplünderung der Naturschätze des Landes durch die Imperialisten.

Die amerikanischen und anderen Imperialisten haben ihre feste Stütze in den einheimischen Ausbeuterklassen, einer Handvoll Familien von Großgrundbesitzern und großen, mit dem ausländischen Kapital durch Tausende von Fäden verbundenen Kapitalisten. Diese reaktionäre Clique hat das Land aus Angst vor der Volksrevolution an den Imperialismus verschachert. Sie sitzt den Arbeitern und Bauern ebenso im Nacken, herrscht mit faschistischem Terror und plündert und beutet die Werktätigen grausam aus. Die Rückständigkeit des Landes, die Not und das Elend der breiten Volksmassen, von denen z. B. noch 50% Analphabeten sind, sind das Produkt der doppelten Ausbeutung des Volkes von Ekuador durch den Imperialismus und die einheimische Oligarchie.

Das Volk kämpft gegen seine Ausbeuter und Unterdrücker

Gegen diese doppelte Ausbeutung und Unterdrückung hat sich das Volk von Ekuador seit langem zum Kampf erhoben. *„Die Volksmassen Ekuadors"*, sagte der Leiter der Delegation der KP Ekuadors/ML, die am 7. Parteitag der PAA teilgenommen hat, *„führen immer entschlossener revolutionäre Aktionen durch. Unter diesen Bedingungen arbeitet die KP Ekuadors/ML unter ihnen, leistet eine aktive Agitation und Propaganda in den Massenorganisationen, wo sie Einfluß hat, und gibt allgemeine Richtlinien durch ihr Zentralorgan ‚En Marcha' aus. Im Feuer des Klassenkampfes stählen sich die Parteimitglieder und festigen sich die Aktivisten, wobei dem Parteiaufbau wesentliche Aufmerksamkeit geschenkt wird. Durch Aktionen erweitert sich der wirtschaftliche, demokratische und antiimperialistische Kampf der Massen und der Kampf gegen den Revisionismus."*

Besondere Bedeutung hatten im letzten Jahr die großen Streiks, die im November in der Provinz Esmeralda stattgefunden haben, die Aktionen der Bauern, die unter der Parole „Der Boden gehört denen, die ihn bebauen!", stattgefunden haben. Allein in der Provinz Chimborasso beteiligten sich 10 000 Bauern und Landarbeiter von 14 Gütern an einem Streik und Landbesetzungen. Ein großer Erfolg für die KP Ekuadors/ML war die Gründung eines Komitees für die Vertreibung der Texaco aus dem Land, das inzwischen Ausschüsse im ganzen Land hat.

„Die Partei", heißt es in dem oben erwähnten Interview, *„nutzt alle Möglichkeiten, die die bürgerliche Legalität erlaubt, aus, um den wirtschaftlichen Kampf der breiten Massen zu führen. Angesichts des wütenden Angriffs der Ausbeuterklassen, die durch arbeiterfeindliche Erlasse das Streik- und Organisationsrecht beseitigt haben, fördert die Partei Streiks der Arbeiterklasse und versucht gleichzeitig, eine breite Solidaritätsfront im Volk zu organisieren. Die Partei ermutigt und organisiert die Landbesetzung durch einen organisierten Widerstand der Bauern. So, durch eine breite entlarvende Propaganda und ihre Teilnahme an Aktionen, hat die KP Ekuadors/ML den Kampf der Arbeiterklasse und der Bauern vorangetrieben.* ***Die KP Ekuadors/ML zeigt dem werktätigen Volk den richtigen Weg, der eingeschlagen werden muß, um die wahre Freiheit zu erringen. Sie zeigt, daß das Volk sich organisieren muß, die Waffen im Kampf gegen den US-Imperialismus und seine einheimischen Lakaien erobern muß, um unter Führung der Partei des Proletariats die politische Macht zu übernehmen."***

Bolivien

Bergarbeiter kämpfen gegen das Banzerregime

„Liberacion", das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Boliviens/Marxisten-Leninisten, berichtet in einer seiner letzten Ausgaben über den Kampf der bolivianischen Arbeiterklasse gegen das faschistische Militärregime des Diktators Banzer. An der Spitze dieses Kampfes stehen die Arbeiter der Bergwerke, der kämpferischste und bewußteste Teil der bolivianischen Arbeiterklasse.

Das Regime Banzers vertritt die Interessen der einheimischen Ausbeuter und der ausländischen imperialistischen Monopole, vor allem der amerikanischen. Hauptsächlich die amerikanischen imperialistischen Räuber kontrollieren den größten Teil der Wirtschaft des Landes. Sie plündern die reichen Naturschätze, in erster Linie die Zinnerzlager, hemmungslos aus und lassen die Arbeiter für Hungerlöhne in den von ihnen betriebenen Bergwerken schuften. Durch die vollständige Abhängigkeit des Landes von den Imperialisten wurde Bolivien in eine tiefe Wirtschaftskrise gestürzt, die sich ständig verschärft. Die Lasten dieser Krise haben die Volksmassen zu tragen, deren Elend sich von Tag zu Tag mehr vergrößert. Deshalb haben die Arbeiter die Forderung nach höheren Löhnen aufgestellt und sind in den Streik getreten, um diese Forderungen durchzusetzen. Die Arbeiter der Zinnminen ließen sich auch nicht dadurch vom Kampf abhalten, daß das faschistische Militärregime die Bergwerke schon seit längerer Zeit durch starke Armee-Einheiten besetzt hält und zahlreiche Arbeiterführer in die Gefängnisse geworfen hat.

Um den Kampf der Arbeiter zu unterdrücken, hat das faschistische Regime zusätzlich eine Reihe weiterer Maßnahmen ergriffen, die alle darauf abzielen, die kämpferische Einheit der Arbeiter zu spalten und ihre Kampforganisationen zu vernichten. Die Speerspitze ihrer Angriffe richtet das Militärregime dabei vor allem auf den „Gewerkschaftsbund der Bergarbeiter", der an der Spitze der Streiks steht, sie organisiert und leitet. Der „Gewerkschaftsbund der Bergarbeiter" hat eine lange und ruhmreiche Geschichte. *„Im Bewußtsein aller bolivianischen Arbeiter"*, heißt es in „Liberacion", *„ist der glorreiche ‚Gewerkschaftsbund der Bergarbeiter Boliviens' die einzige Organisation aller Bergarbeiter, deren Entstehung dem demokratischen Willen der Arbeiter entsprach. Sein Bestehen ist mit Arbeiterblut verteidigt worden – ein Beispiel für die Entschlossenheit der Bergarbeiter, den revolutionären und Klassencharakter ihrer Gewerkschaftsorganisation aufrechtzuerhalten. ... Wegen seines unerschütterlichen Kampfes haben die reaktionären Kräfte den ‚Gewerkschaftsbund der Bergarbeiter' aufs Korn genommen und zu verschiedenen Zeiten und durch das Auftreten verschiedener Personen immer wieder mit allen Mitteln versucht, ihn durch gelbe, unterwürfige Organisationen zu ersetzen."*

Einen solchen Versuch hat das Militärregime auch jetzt gestartet. Am 22. September des letzten Jahres hat das Regime im Beisein des Ministers Vargas Salinas und des Kapitalisten Ormachea als Vertreter seiner Klasse das sogenannte „Nationale Bergarbeiter Gewerkschaftskomitee" aus der Taufe gehoben, an dessen Spitze ein altbekannter bolivianischer Arbeiterverräter gestellt wurde. Dieses Komitee ist nichts anderes als eine Gewerkschaft faschistischen Typs, die direkt vom Arbeits- und Polizeiministerium geleitet wird, in der sich die Arbeiter gemeinsam mit den Kapitalisten organisieren sollen, um sich deren Willen unterzuordnen.

Die bolivianischen Bergarbeiter haben aber diesen Anschlag auf ihre Klassengewerkschaft entschieden zurückgewiesen. Aus der Illegalität heraus, in die sie durch das Militärregime gezwungen worden sind, haben die Führer des „Gewerkschaftsbundes der Bergarbeiter" in einem Kommunique das „Komitee" als eine faschistische Organisation verurteilt und ihre Entschlossenheit bekräftigt, auch in Zukunft den Kampf der Bergarbeiter zu führen und zu leiten.

„Diese Verräter", heißt es weiter in „Liberacion" über das „Komitee", *„haben das Vertrauen der Bergarbeiter nie gehabt und werden es nie haben. Sie sind einfach Marionetten und Lakaien der Diktatur, eingesetzt gegen die Arbeiter, und weil sie von den Massen zurückgewiesen werden, werden sie zweifellos exemplarisch bestraft werden. ... Die arbeiterfeindlichen Maßnahmen der faschistischen Diktatur können den Kampf der Arbeiter weder hindern noch zum Stehen bringen, und noch weniger können sie die revolutionäre Bergarbeiterbewegung dazu bringen, die Farbe zu wechseln, weil die Einheit und Kampfkraft des Bergarbeiterproletariats kein Ergebnis des Zufalls, sondern das Ergebnis harter Jahre des Kampfes ist, und kein Diktator dem ein Ende setzen kann. Auf diese neue arbeiterfeindliche Maßnahme der Diktatur ... werden die Arbeiter mit der Losung antworten, ihre Einheit zu stärken und das Bestehen des ‚Gewerkschaftsbundes der Bergarbeiter Boliviens' zu verteidigen."*

HÖRT RADIO TIRANA!

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00 – 13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30 – 15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00 – 16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00 – 18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00 – 19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	2. Programm		
21.30 – 22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00 – 23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
6.00 – 6.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



Sozialpaket der Bundesregierung
Angriff auf das Gesundheitswesen

Die Bundesregierung hat jetzt mit einem Kabinettsbeschluß die schon früher angekündigten Maßnahmen zur Senkung der Renten bekräftigt sowie Maßnahmen beschlossen, die einerseits die Gesundheitsversorgung der Werktätigen weiter verschlechtern werden und andererseits den Werktätigen noch mehr Kosten aufhalsen.

Was die Renten betrifft, bleibt es dabei, daß die Rentner zwar im Juli dieses Jahres 9,9% mehr Rente bekommen, dafür aber bei den nächsten Rentenanpassungsterminen nur noch mit sehr geringen Erhöhungen zu rechnen ist. Außerdem soll die Waisenrente an über 18jährige, die noch in der Ausbildung sind, nur noch in bestimmten Fällen gezahlt werden. Milliarden DM werden so den Rentnern geraubt, von denen bereits heute Millionen in Armut leben müssen, damit den großen Konzernen noch mehr Geld in den Rachen geworfen werden kann.

Weiter verschärft haben sich die Angriffe der Bundesregierung durch den jüngsten Kabinettsbeschluß auf dem Gebiet der gesundheitlichen Versorgung des werktätigen Volkes. Die Erhöhung der Rezeptgebühr von 2,50 DM auf 3,50 DM ist dabei noch das Geringste. Andere Maßnahmen wie die Erhöhung des Anteils der Krankenkassen für die Krankenversicherung der Rentner und die Verpflichtung der Krankenhäuser zur Übernahme eines Teils der notwendigen Investitionskosten mit den daraus resultierenden Erhöhungen der Pflegesätze werden mit Sicherheit zu einer weiteren Erhöhung der Beiträge für die Krankenversicherung führen. Darüber hinaus wird vor allem die zweite Maßnahme dazu benutzt werden, kleinere Krankenhäuser zu schließen. Zu einer weiteren Verschlechterung der medizinischen Versorgung der Werktätigen wird auch die beschlossene Festsetzung einer Höchstgrenze für die Ausgaben der Krankenversicherungen auf dem Gebiet der Arzneimittel führen. Einerseits werden die Ärzte in Zukunft noch seltener als bisher teure Medikamente verschreiben. Andererseits werden — schließlich dürfen die Profite der Pharmakonzerne ja nicht geschmälert werden — eine Reihe Medikamente, die bisher von den Krankenkassen bezahlt wurden, in Zukunft von den Patienten selbst bezahlt werden müssen. Die Maßnahmen, die die Bundesregierung auf dem Gebiet des Gesundheitswesens beschlossen hat, beweisen einmal mehr, daß die Richtschnur der Gesundheitspolitik der Regierung keineswegs die Volksgesundheit ist, sondern vielmehr die Maxime, die die Politik aller kapitalistischen Regierungen bestimmt: „Wer arm ist, muß früher sterben."

Kranke und Alte, aus deren Arbeitskraft der Kapitalismus keinen Profit gewinnen kann, bekamen von jeher den grausamen und menschenfeindlichen Charakter des Kapitalismus am meisten zu spüren. Und das ist auch in der kapitalistischen Bundesrepublik, den verlogenen „Sozialstaat-Parolen"zum Trotz, nicht anders.



„Liebe Mitbürger, ich darf Ihnen jetzt bekanntgeben, daß es der Bundesregierung jetzt wieder einmal gelungen ist, das Gesundheits- und Rentenproblem endgültig zu lösen. Jetzt kommt es darauf an, daß Sie alle, liebe Mitbürger, Solidarität beweisen ..."

Demonstration gegen das geplante KKW in Rehling

Augsburg — Korrespondenz. Am 29. Januar demonstrierten über 500 gegen den Bau des geplanten Kernkraftwerks Rehling in der Augsburger Innenstadt. Zu der Demonstration aufgerufen hatte die Bürgerinitiative gegen das geplante Atomkraftwerk in Rehling. Die Demonstration hat großen Anklang bei der Bevölkerung gefunden und 50 bis 100 Passanten haben sich während des Zuges spontan eingereiht.

Die bürgerliche Presse hat von Anfang an versucht, gegen diese Demonstration zu hetzen, soweit sie sie nicht totschweigen konnte. So benutzte sie die Tatsache, daß der reaktionäre Bauernverbandsvorsitzende (ein Großbauer) sich von der Demonstration distanzierte, um am Tag der Demonstration zu schreiben: „Ausgerechnet die Landwirte, die von dem in Rehling geplanten Kernkraftwerk betroffen wären, wollen an der heutigen Demonstration in Augsburg nicht teilnehmen." Tatsache war aber, daß doch Rehlinger Bauern zu der Demonstration gekommen waren.

Welche Angst die Bourgeoisie vor der Bewegung gegen die Kernkraftwerke hat, zeigte sich, als am Morgen des 29. 1. ein Polizeitrupp mit 3 Wasserwerfern und fünf Mannschaftswagen von der Bereitschaftspolizei Eichstätt nach Augsburg verlegt wurde. Außerdem wurde die Schlußkundgebung vor dem Augsburger Rathaus vom Rathaus heraus von der Polizei gefilmt. In einem Zeitungsinterview sagte dazu der Pressesprecher der Polizeidirektion: „Der Ton- und Filmtrupp der Alarmhundertschaft Schwaben der Polizei hat gefilmt, um einige Beamten an der Kamera auszubilden. Die Leute sollen für Demonstrationen, bei denen es zu Ausschreitungen kommt, Erfahrungen sammeln." Das ist ein offenes Wort.

Wir haben während der Demonstration eine große Anzahl einer Dokumentation über KKW's und den Widerstand dagegen, die wir aus Artikeln des „Roten Morgen" zusammenstellten, an Passanten verteilt. Während der Demonstration und der Schlußkundgebung konnten wir neun „Rote Morgen" und drei Broschüren über den Kampf in Brokdorf verkaufen.

ROTE GARDE, Augsburg

Neues Spielzeug
Chemical Mace gegen Demonstranten

Mit Chemical Mace gegen Demonstranten vorzugehen — das ist der neueste Schlager auf der Nürnberger Spielwarenmesse. Ein Spielwarenfabrikant bietet dazu entsprechend ausgerüstete Puppen an. Ein Beispiel nicht nur für die Skrupellosigkeit der kapitalistischen Geschäftemacher. Ein Beispiel auch für die Verlogenheit der Predigten über die Gewaltlosigkeit, mit denen die Werktätigen von der Kanzel, vom Bundestag, von Presse, Funk und Fernsehen täglich bearbeitet werden. Denn in Wirklichkeit ist die Bourgeoisie sehr wohl für Gewalt, impft sie sie bereits den kleinen Kindern ein — die Gewalt gegen das Volk, gegen die kämpfenden Werktätigen nämlich.



Unternehmerischer Erfindungsgeist oder: Wer kein Grundwasser hat, macht sich welches

Die folgende wahre Begebenheit berichtet ein Kollege aus dem Baugewerbe: Die Baufirma X verlegt Rohre. Eines Tages erhielt die Firma den Auftrag, Rohre über ein Ackergelände zu verlegen. Ein Auftrag, der nicht ohne Reiz war, da sich aufgrund der hügeligen Oberflächengestaltung des Ackers die Notwendigkeit ergab, an den erhöhten Stellen besonders tief zu graben, da die Rohre insgesamt geradelieg n müssen. Denn wenn bei Bauarbeiten ordentlich tief gegraben wird, besteht die Chance, auf Grundwasser zu stoßen. Stößt man aber auf Grundwasser, muß man Pumpen einsetzen. Für den Einsatz der Pumpen wiederum zahlt die Stadt eine Zulage.

Also erhielten die Bauarbeiter den Auftrag, an der hügeligen Stelle besonders tief zu graben. Pech war nur, daß in der erwarteten Tiefe von sieben Metern kein Grundwasser war. Was nun? Die Zulage einfach in den Wind schreiben? Das gibt es für die Baufirma X nicht. Also holte man Tankwagen heran und ließ das so herbeigeschaffte Wasser in den Graben laufen. Nun hatte man „Grundwasser", mußte Pumpen einsetzen und erhielt von der Stadt die für diese Mehrarbeit vorgesehene Zulage.

(Anmerkung: Es dürfte sicher sein, daß die betreffende Stadt demnächst die Fahrpreis-, Wassergeld- oder sonstigen Tarife erhöhen wird, weil — wie es immer heißt — das Defizit in der Stadtkasse anders nicht gedeckt werden kann. Denn erstens ist der geschilderte Fall nur einer von vielen. Zweitens gibt es erheblich größere Schwindeleien und drittens steigen ja auch die legalen Zuwendungen an die Kapitalisten).

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
G. Schneider
Postfach 300526
4600 Dortmund 30

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr. .....

O für 1 Jahr   O für 1/2 Jahr   O Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben).

Die Zahlung erfolgt:

O jährlich DM 30,--   O halbjährlich DM 15,--   O vierteljährlich DM 7,50

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 23600-465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr 321004911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML:

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-12, 14-18 Uhr, Sa 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040/4 39 91 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3 Hannover, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62. Öffnungszeiten: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, 68 Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621/37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr 107, Tel.: 0711/43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8 München 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089/53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10. Tel.: 030/4 65 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

51 Aachen, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 10.30-14.00 Uhr.

Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

48 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13. Tel.: 0521/177404.

463 Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13 Uhr.

28 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-18.30, Sa 9-13 Uhr.

41 Duisburg 1 (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi u. Fr 16-18.30, Sa 10-13 Uhr.

43 Essen (Altenessen), Altenessenerstr. 243. Öffnungszeiten: Di. 16-18, Fr. 12.30-18, Sa. 10-13 Uhr.

6 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78. Tel.: 0611/43 75 95. Öffnungszeiten: Di-Fr 16-18.30, Sa 9-14 Uhr.

23 Kiel 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46. Tel.: 0431/56 77 02. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

5 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/85 41 24. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-18.30, Sa 9-13 Uhr.

24 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/7 69 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi, Fr 16.30-18.30,

44 Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251/6 52 05. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-18.30, Sa 11-14 Uhr.